

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Jutta Krellmann, Yvonne Ploetz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/12325 –**

### **Steigende Erwerbstätigkeit von Frauen und ihre Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Am 8. März jährt sich der internationale Frauentag. Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen, lässt kaum eine Gelegenheit aus, auf die positive Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit hinzuweisen. In der Tat arbeiten immer mehr Frauen, aber an ihrer Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt hat sich nichts grundlegend geändert. Weiterhin gibt es einen deutlichen Lohnabstand und Frauen arbeiten oft in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Ohne ein Handeln der Politik droht eine Verfestigung der Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt. Die Bundesregierung ist gefordert, eine ehrliche Bilanz der Gleichstellung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt abzulegen und geeignete Maßnahmen zum Abbau der Diskriminierung zu ergreifen.

1. Wie bewertet die Bundesregierung die steigende Erwerbstätigkeit von Frauen vor dem Hintergrund, dass es sich immer noch um einen gespaltenen Arbeitsmarkt handelt bzw. dieser sich verfestigt hat (Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 17/6240)?
2. Welche Fortschritte sieht die Bundesregierung bei der Gleichberechtigung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, wo sieht sie noch Handlungsbedarf, und was hat sie diesbezüglich unternommen und will sie noch unternehmen?

Die Fragen 1 und 2 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Im Jahr 2011 ist die Erwerbstätigenquote der Frauen im Vergleich zum Vorjahr etwas stärker als die allgemeine Erwerbstätigkeit angestiegen. Die Erwerbstätigenquote ist seit 2000 um rund 10 Prozentpunkte auf 67,7 Prozent (Frauen im Alter von 15 bis einschließlich 64 Jahren) gestiegen (siehe auch Antworten zu den Fragen 3 ff.). Sie nähert sich kontinuierlich dem nationalen Zielwert im Rah-

men der EU 2020-Strategie von 73 Prozent an (dieser bezieht sich auf Frauen im Alter von 20 bis einschließlich 65 Jahre; nach dieser Abgrenzung lag die Erwerbstätigenquote der Frauen 2011 bei 71,1 Prozent).

Die Bundesregierung begrüßt diese positive Entwicklung nicht nur im Blick darauf, dass die gestiegene Erwerbstätigkeit von Frauen einen wesentlichen Beitrag zur Vermeidung des Fachkräftemangels leistet, sondern auch im Bewusstsein, dass eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen deren eigenständige Einkommensabsicherung im Lebensverlauf verbessert und deren gleichberechtigte Teilhabe im Beruf wie im privaten Bereich unterstützt. Darauf weist auch der Erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung „Neue Wege – gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf“ (Bundestagsdrucksache 17/6240) hin. Dieser konstatiert im Übrigen keine Verfestigung eines geschlechtsspezifisch gespaltenen Arbeitsmarkts. Auch die Bundesregierung hat hierzu keine empirisch belastbaren Erkenntnisse.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass Frauen und Männer ihre Potenziale innerhalb und außerhalb des Berufslebens nur optimal nutzen können, wenn sie faire Chancen über ihren gesamten Lebensverlauf hinweg erhalten. Die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern entstehen an wichtigen Übergängen im Lebensverlauf: bei der Berufswahl, bei der Gründung einer Familie, beim Aus- und Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt. An diesen Übergängen setzt die Gleichstellungspolitik der Bundesregierung mit verschiedenen Maßnahmen an.

- In der Arbeitsförderung und in der Grundsicherung für Arbeitsuchende wird die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Prinzip verfolgt. Zudem sind bei der Ausgestaltung der Leistungen der Arbeitsförderung die Lebensverhältnisse von Frauen und Männern, die Kinder erziehen oder Angehörige pflegen, zu berücksichtigen. Bei dieser Aufgabe werden die Agenturen für Arbeit und die Jobcenter von den Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt unterstützt.
- Die Bundesregierung unterstützt den Wiedereinstieg in das Berufsleben mit dem Modellprogramm des Europäischen Sozialfonds (ESF) „Perspektive Wiedereinstieg“ (PWE). Die zweite Phase des Modellprogramms enthält unter anderem spezifische Angebote für wiedereinstiegswillige Akademikerinnen und Frauen mit abgeschlossener Berufsausbildung. Darüber hinaus hat die Bundesagentur für Arbeit auf Basis der Erfahrungen des Modellprogramms die erfolgreichsten Module zu einer Maßnahme „Verstetigte PWE“ zusammengefasst und damit in die Regelförderung überführt.
- Die Bundesregierung verstetigt ebenfalls erfolgreiche Konzepte und bewährte Ansätze aus dem ESF-Bundesprogramm „Gute Arbeit für Alleinerziehende“. Diese werden bundesweit den Jobcentern zur Verfügung gestellt, damit sie im Rahmen des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) eingesetzt werden können, um Alleinerziehenden passgenaue Unterstützung für die Integration in Erwerbstätigkeit anbieten zu können. Zudem wird die Verstetigung geeigneter lokaler Unterstützungsstrukturen in dem noch bis Mitte 2013 laufenden ESF-Programm „Netzwerke wirksamer Hilfen für Alleinerziehende“ vorangetrieben.
- Die Bundesregierung hat gemeinsam mit ihren Partnern im Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs am 6. Februar 2013 eine Gemeinsame Erklärung zur Teilzeitberufsausbildung beschlossen. Die Paktpartner haben sich damit verpflichtet, für eine stärkere Nutzung der Teilzeitausbildung zu werben. Denn sie bietet Müttern (und Vätern) ohne Berufsausbildung die Möglichkeit, erfolgreich eine betriebliche Berufsausbildung zu absolvieren.

- Faire Einkommensperspektiven für Frauen und Männer bedeutet, faire Berufs- und Karrierechancen zu eröffnen und Entgeltungleichheiten zu reduzieren. Auf Initiative der Bundesregierung haben sich die Unternehmen des deutschen Leitindex DAX 30 zu konkreten Zielen für einen höheren Frauenanteil in Führungspositionen und zur regelmäßigen Veröffentlichung ihrer Fortschritte verpflichtet. Das Projekt „Logib-D“ hilft Unternehmen außerdem, betriebliche Lösungen für eine faire Entlohnung zu entwickeln (siehe dazu auch Antwort zu Frage 18).

3. Wie hat sich seit 1990 die Zahl der Erwerbstätigen nach Frauen und Männern entwickelt (bitte jährlich für Gesamtdeutschland sowie Ost und West ausweisen)?

Die Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen ab dem Jahr 1991 kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden; frühere Jahre sind im Mikrozensus nicht verfügbar.

**Tabelle 1:**  
**Erwerbstätige nach Geschlecht im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (in 1.000)**

	Deutschland			Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)			Neue Länder und Berlin		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
2011	39.106	21.021	18.085	31.390	16.938	14.452	7.716	4.083	3.633
2010	38.270	20.637	17.633	30.646	16.602	14.045	7.624	4.036	3.588
2009	37.994	20.556	17.438	30.432	16.556	13.875	7.562	4.000	3.562
2008	38.091	20.786	17.305	30.539	16.758	13.781	7.552	4.028	3.525
2007	37.568	20.522	17.046	30.118	16.545	13.573	7.450	3.977	3.473
2006	36.801	20.141	16.661	29.511	16.262	13.249	7.291	3.878	3.412
2005	36.047	19.806	16.240	28.920	16.022	12.898	7.127	3.784	3.342
2004	35.209	19.397	15.812	28.224	15.684	12.540	6.985	3.713	3.272
2003	35.734	19.720	16.014	28.627	15.913	12.714	7.106	3.806	3.300
2002	36.117	20.073	16.045	28.906	16.190	12.716	7.212	3.883	3.328
2001	36.415	20.375	16.040	29.083	16.393	12.689	7.332	3.982	3.350
2000	36.231	20.439	15.793	28.806	16.378	12.429	7.425	4.061	3.364
1999	36.026	20.421	15.605	28.524	16.311	12.213	7.503	4.111	3.392
1998	35.498	20.278	15.220	28.115	16.220	11.895	7.383	4.059	3.324
1997	35.438	20.322	15.117	27.942	16.186	11.756	7.497	4.136	3.361
1996	35.634	20.490	15.144	28.001	16.280	11.721	7.633	4.210	3.423
1995	35.727	20.744	14.983	27.977	16.428	11.549	7.750	4.316	3.434
1994	35.765	20.796	14.969	28.119	16.545	11.574	7.646	4.251	3.395
1993	36.070	21.111	14.959	28.501	16.895	11.606	7.569	4.215	3.353
1992	36.617	21.436	15.180	28.776	17.100	11.676	7.841	4.337	3.505
1991	37.126	21.689	15.437	28.361	16.970	11.391	8.765	4.719	4.046

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

4. Wie hat sich seit 1990 die Erwerbsquote von Frauen und Männern entwickelt (bitte jährlich für Gesamtdeutschland sowie Ost und West ausweisen)?

Erwerbsquoten geben den Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Erwerblose) an der Bevölkerung an, Erwerbstätigenquoten hingegen bilden die Relation zwischen Erwerbstätigen und der Bevölkerung ab. Aufgrund des Zusammenhangs mit Frage 3 weisen die nachfolgenden Tabellen beide Quoten in der gewünschten Differenzierung ab dem Jahr 1991 aus; frühere Jahre sind im Mikrozensus nicht verfügbar.

**Tabelle 2:**  
**Erwerbsquote (in Prozent) nach Geschlecht im Alter von 15 bis unter 65 Jahren**

	Deutschland			Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)			Neue Länder und Berlin		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
2011	77,0	82,2	71,6	76,3	82,1	70,5	79,6	82,7	76,4
2010	76,5	82,1	70,7	75,7	81,9	69,4	79,6	82,8	76,1
2009	76,2	82,0	70,3	75,4	81,9	68,9	79,2	82,4	75,8
2008	75,8	81,8	69,6	75,2	81,9	68,3	78,2	81,6	74,7
2007	75,5	81,6	69,2	74,8	81,7	67,9	77,9	81,3	74,4
2006	74,8	81,1	68,4	74,3	81,4	67,1	76,9	80,1	73,4
2005	73,7	80,4	66,8	73,2	80,8	65,5	75,7	79,1	72,1
2004	72,3	79,3	65,2	71,7	79,6	63,6	74,5	77,9	70,9
2003	72,2	79,2	65,1	71,7	79,5	63,6	74,2	77,9	70,4
2002	71,7	79,0	64,3	71,2	79,4	62,8	73,6	77,3	69,8
2001	71,5	79,0	63,9	70,9	79,3	62,3	73,8	77,8	69,7
2000	71,0	78,8	62,9	70,3	79,1	61,2	73,7	77,9	69,3
1999	71,1	79,2	62,7	70,2	79,4	60,7	74,4	78,5	70,1
1998	70,7	79,2	62,0	69,6	79,4	59,6	74,6	78,4	70,6
1997	70,7	79,3	61,8	69,6	79,6	59,3	74,6	78,3	70,8
1996	70,4	79,3	61,3	69,3	79,6	58,7	74,5	78,2	70,6
1995	70,3	79,4	60,9	69,1	79,7	58,2	74,5	78,3	70,5
1994	70,5	79,7	61,1	69,5	80,2	58,4	74,3	77,9	70,6
1993	70,3	79,8	60,5	69,5	80,5	58,0	73,4	77,4	69,3
1992	70,8	80,5	60,8	69,5	80,8	57,8	75,3	79,5	71,1
1991	71,1	81,5	60,5	69,0	80,9	56,7	78,7	84,0	73,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

**Erwerbsquote** = Anteil der Erwerbspersonen (Erw erbstätige plus Erw erblöse) an der Bevölkerung

**Tabelle 3:**  
**Erwerbstätigenquote (in Prozent) nach Geschlecht im Alter von 15 bis unter 65 Jahren**

	Deutschland			Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)			Neue Länder und Berlin		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
2011	72,4	77,1	67,6	72,5	77,8	67,1	71,7	74,0	69,3
2010	71,0	75,9	66,0	71,1	76,6	65,5	70,6	72,8	68,2
2009	70,2	75,3	65,1	70,5	76,3	64,7	69,1	71,3	66,8
2008	70,0	75,7	64,2	70,6	77,0	64,1	67,8	70,6	64,9
2007	68,9	74,5	63,1	69,6	76,0	63,1	66,0	68,9	63,1
2006	67,1	72,7	61,4	68,1	74,5	61,5	63,4	65,9	60,8
2005	65,4	71,2	59,5	66,5	73,3	59,7	61,2	63,5	58,8
2004	64,3	70,1	58,4	65,5	72,2	58,7	59,8	62,2	57,3
2003	64,9	70,9	58,8	66,1	72,9	59,1	60,5	63,3	57,5
2002	65,4	71,9	58,8	66,6	74,1	59,1	60,8	64,0	57,5
2001	65,8	72,7	58,8	67,0	74,8	59,1	61,5	65,2	57,5
2000	65,4	72,8	57,7	66,3	74,7	57,8	61,8	66,2	57,2
1999	64,8	72,4	56,9	65,5	74,0	56,8	62,1	66,6	57,4
1998	63,8	71,8	55,5	64,6	73,5	55,4	61,0	65,7	56,0
1997	63,7	71,9	55,2	64,2	73,3	54,8	61,8	66,9	56,5
1996	64,2	72,7	55,4	64,5	73,9	54,8	63,0	68,3	57,5
1995	64,6	73,9	55,0	64,8	74,9	54,4	64,0	70,3	57,5
1994	64,6	74,0	55,0	65,1	75,3	54,5	63,0	69,2	56,5
1993	65,1	75,0	54,9	65,8	76,6	54,7	62,5	69,1	55,8
1992	66,6	76,9	56,0	67,0	78,3	55,4	65,0	71,9	58,1
1991	67,8	78,4	57,0	66,6	78,5	54,3	72,1	78,2	66,2

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

**Erwerbstätigenquote** = Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung

5. Wie stellt sich die Erwerbsquote von Frauen in Deutschland im europäischen Vergleich dar?

Die Erwerbsquoten und Erwerbstätigenquoten im europäischen Vergleich können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Deutschland liegt mit bei-

den Quoten deutlich über dem Durchschnitt der EU 27 und weist nach Schweden, Dänemark, Niederlande und Finnland die höchste Erwerbsquote innerhalb der EU 27 auf.

**Tabelle 4:**  
**Erwerbsquoten von Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Europa**

	Frauen																				
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
EU 27	:	:	:	:	:	:	:	:	:	60,1	60,2	60,5	61,1	61,5	62,2	62,9	63,2	63,7	64,1	64,4	64,8
Belgien	48,2	49,3	50,3	51,2	51,7	52,0	52,9	53,8	56,0	56,6	54,5	55,4	55,8	57,7	59,5	59,5	60,4	60,8	60,9	61,8	61,1
Bulgarien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	56,1	59,1	58,4	57,1	58,4	57,3	60,2	62,1	63,1	62,5	62,3	62,4
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	63,4	63,7	63,9	63,5	63,0	62,5	62,6	62,1	62,4	62,3	61,5	61,0	61,5	61,5	62,2
Dänemark	78,0	78,2	77,4	73,8	73,3	73,6	74,2	75,1	76,1	75,9	75,0	75,9	74,8	76,1	75,9	77,0	76,4	77,0	76,8	76,0	76,1
Deutschland	61,2	61,1	60,7	61,4	61,3	61,3	61,8	62,1	62,9	63,0	63,7	64,2	65,0	65,1	66,9	68,5	69,4	69,7	70,4	70,8	71,8
Estland	:	:	:	:	:	:	67,5	66,6	64,9	64,8	65,5	63,2	65,3	66,2	66,9	69,3	68,7	70,1	70,6	71,0	71,5
Irland	42,7	43,4	45,4	46,7	47,1	48,6	49,8	52,0	54,3	55,6	56,0	57,3	57,6	58,0	60,8	61,9	63,3	63,1	62,7	62,2	61,9
Griechenland	40,2	41,7	42,3	43,2	44,3	45,8	46,0	48,8	50,4	50,6	49,7	51,0	52,1	54,1	54,5	55,0	54,9	55,1	56,5	57,6	57,5
Spanien	40,7	42,6	43,3	45,1	45,8	46,7	47,9	48,6	49,6	51,8	50,4	52,9	54,8	56,6	58,3	60,2	61,4	63,2	64,8	65,9	67,0
Frankreich	58,3	59,0	59,7	60,2	60,6	61,3	61,1	61,6	62,2	62,5	62,3	62,6	64,4	64,3	64,8	64,8	65,2	65,4	66,0	66,1	66,2
Italien	44,2	42,5	42,0	42,2	42,4	43,1	43,7	44,5	45,6	46,2	47,1	48,0	48,7	50,4	50,4	50,8	50,7	51,6	51,1	51,1	51,5
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	:	50,4	57,3	60,6	61,6	63,1	63,1	62,5	63,8	65,4	65,7	66,0	67,4	67,4
Lettland	:	:	:	:	:	:	64,4	62,2	61,7	63,6	65,2	64,9	64,3	65,1	66,7	68,3	70,5	71,0	70,7	70,1	70,1
Litauen	:	:	:	:	:	:	66,0	68,3	67,7	66,4	65,7	69,1	65,5	64,9	64,6	65,0	65,5	67,8	68,8	69,3	69,3
Luxemburg	44,6	47,5	46,1	47,0	44,1	45,7	47,1	47,6	50,2	51,7	52,0	53,5	53,5	55,8	57,0	58,2	58,9	58,7	60,7	60,3	60,7
Ungarn	:	:	:	:	:	49,5	48,6	50,8	52,0	52,5	52,1	52,5	53,8	53,6	55,1	55,5	55,1	55,0	55,3	56,7	56,8
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	35,8	35,6	37,4	37,1	34,5	36,9	36,5	38,6	40,2	40,8	42,3	44,1
Niederlande	53,6	55,3	56,0	57,4	58,3	59,6	61,3	62,5	64,4	65,7	66,9	67,9	68,6	69,2	70,0	70,7	72,2	73,3	74,1	72,6	73,1
Österreich	:	:	:	62,3	61,8	61,8	62,5	62,7	62,5	62,3	63,9	63,9	63,9	63,5	65,6	67,0	67,8	68,6	69,6	69,3	69,5
Polen	:	:	:	:	:	59,5	59,4	59,6	60,5	60,6	59,1	58,2	57,6	58,1	56,8	56,5	57,0	57,8	59,0	59,4	59,4
Portugal	59,9	58,6	58,7	58,8	59,1	59,5	60,3	62,3	62,9	63,7	64,6	65,4	66,6	66,7	67,9	68,4	68,8	68,9	69,0	69,9	69,8
Rumänien	:	:	:	:	:	65,4	64,0	63,7	63,6	62,4	57,6	56,7	57,2	55,3	56,6	56,6	56,0	55,2	55,4	55,8	56,0
Slowenien	:	:	:	:	61,5	62,9	64,4	63,0	63,1	62,5	63,9	62,1	65,6	66,1	66,7	66,6	67,5	67,9	67,4	66,5	66,5
Slowakei	:	:	:	:	:	61,3	62,0	62,8	63,6	63,0	63,2	63,0	61,5	60,9	60,8	61,3	60,6	61,3	61,3	61,0	61,0
Finnland	:	:	:	69,4	69,3	69,8	70,0	73,9	74,1	74,7	74,9	74,5	74,1	72,8	73,3	73,9	73,5	73,5	72,5	72,7	72,7
Schweden	:	:	:	75,9	75,2	74,1	72,2	74,0	73,4	76,0	76,1	76,0	75,5	76,3	76,3	76,8	76,9	76,4	76,7	77,7	77,7
Vereinigtes Königreich	66,0	65,9	66,0	66,1	66,0	66,5	66,9	66,9	67,4	67,8	67,7	68,2	68,1	68,4	68,8	69,2	69,0	69,4	69,5	69,4	69,7

Quelle: Eurostat  
: nicht verfügbar

**Tabelle 5:**  
**Erwerbstätigenquoten von Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Europa**

	Frauen																				
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
EU 27	:	:	:	:	:	:	:	:	:	53,6	54,3	54,5	55,0	55,4	56,1	57,2	58,2	58,9	58,4	58,2	58,5
Belgien	43,0	44,6	44,9	44,8	45,4	45,6	46,7	47,5	50,2	51,9	50,7	51,1	51,4	53,0	53,8	54,0	55,3	56,2	56,0	56,5	56,7
Bulgarien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	47,2	47,9	48,2	49,5	51,6	51,7	54,6	57,6	59,5	58,3	56,4	56,2
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	60,2	58,9	57,4	56,8	56,9	57,1	56,6	56,1	56,3	56,8	57,3	57,6	56,7	56,3	57,2	57,2
Dänemark	70,1	70,4	68,7	67,1	67,0	67,4	69,4	70,3	71,6	72,1	71,4	72,6	70,5	72,0	71,9	73,4	73,4	74,1	72,7	71,1	70,4
Deutschland (einschließl.)	57,2	56,0	55,0	55,0	55,3	55,4	55,2	55,6	57,1	57,8	58,7	58,8	58,9	58,5	59,6	61,5	63,2	64,3	65,2	66,1	67,7
Estland	:	:	:	:	:	61,0	60,9	58,1	57,2	56,9	57,6	58,3	60,3	62,1	65,3	65,9	66,3	63,0	60,6	62,8	62,8
Irland	35,5	36,8	38,2	39,8	41,3	42,8	44,7	48,1	51,2	53,2	54,0	55,2	55,3	55,8	58,3	59,3	60,6	60,2	57,6	56,1	55,1
Griechenland	34,9	36,2	36,4	37,1	38,0	38,5	39,1	40,6	41,1	41,8	41,7	43,1	44,5	45,5	46,1	47,4	47,9	48,7	48,9	48,1	45,1
Spanien	31,2	31,7	30,8	30,7	31,7	32,8	34,5	35,6	38,2	41,2	42,8	44,3	46,1	47,9	51,2	53,2	54,7	54,9	52,8	52,3	52,0
Frankreich	51,5	51,4	51,7	51,4	52,1	52,4	52,2	52,9	53,5	54,8	55,7	56,4	58,3	57,6	58,4	58,6	59,6	60,2	59,8	59,7	59,7
Italien	37,2	36,5	35,7	35,7	35,5	36,1	36,5	37,1	38,1	39,3	40,9	41,9	42,8	45,2	45,3	46,3	46,6	47,2	46,4	46,1	46,5
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	:	50,4	53,0	57,1	59,0	60,2	59,7	58,4	60,3	62,4	62,9	62,3	63,0	62,1
Lettland	:	:	:	:	:	:	55,6	53,7	53,3	56,1	57,6	57,8	57,4	59,3	62,4	64,4	65,4	60,9	59,4	60,2	60,2
Litauen	:	:	:	:	:	58,1	59,9	58,2	56,9	57,2	60,0	57,8	59,4	61,0	62,2	61,8	60,7	58,7	58,7	60,2	60,2
Luxemburg	43,6	46,2	44,7	44,9	42,2	43,6	45,4	45,6	48,5	50,0	50,8	51,5	50,9	51,9	53,7	54,6	56,1	55,1	57,0	57,2	56,9
Ungarn	:	:	:	:	45,1	44,8	46,8	48,8	49,4	49,6	49,8	50,9	50,5	51,0	51,1	50,9	50,6	49,9	50,6	50,6	50,6
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	33,4	32,7	34,3	33,4	31,6	33,7	33,4	35,7	37,4	37,6	39,3	41,0	41,0
Niederlande	48,3	50,9	51,7	52,7	53,2	54,8	56,9	58,9	61,3	63,4	65,3	65,9	66,0	65,7	66,4	67,7	69,6	71,1	71,5	69,3	69,9
Österreich	:	:	:	59,2	58,6	58,5	59,0	59,7	59,7	59,7	59,8	61,0	61,1	60,1	62,0	63,5	64,4	65,8	66,4	66,4	66,5
Polen	:	:	:	:	51,6	52,2	51,6	49,3	48,3	46,7	46,4	46,1	46,8	48,2	50,6	52,4	52,8	53,0	53,0	53,1	53,1
Portugal	56,4	55,7	54,9	54,1	54,3	54,2	55,5	58,6	59,5	60,5	61,2	61,7	61,5	61,7	62,0	61,9	62,5	61,6	61,1	60,4	60,4
Rumänien	:	:	:	:	61,1	60,1	59,7	59,0	58,2	52,8	52,8	52,8	53,5	51,5	53,0	52,8	52,5	52,0	52,0	52,0	52,0
Slowenien	:	:	:	:	57,5	58,4	59,5	58,1	58,5	58,6	59,8	57,7	61,3	61,8	61,8	62,6	64,2	63,8	62,6	60,9	60,9
Slowakei	:	:	:	:	53,6	52,1	51,1	51,8	51,2	52,3	50,6	50,9	51,9	53,0	54,6	52,8	52,3	52,3	52,7	52,7	52,7
Finnland	:	:	:	58,1	58,4	59,2	60,5	64,6	65,2	66,6	67,3	67,1	66,2	66,5	67,3	68,5	69,0	67,9	66,9	67,4	67,4
Schweden	:	:	:	69,8	68,7	66,8	66,4	68,9	69,7	72,6	72,5	72,2	70,8	70,4	70,7	71,8	71,8	70,2	70,3	71,8	71,8
Vereinigtes Königreich	61,1	61,0	60,9	61,2	61,4	62,3	63,0	63,3	63,9	64,5	64,9	65,2	65,3	65,5	65,8	65,8	65,5	65,8	65,0	64,6	64,5

Quelle: Eurostat  
: nicht verfügbar

## 6. Sieht die Bundesregierung das Erwerbspotential von Frauen ausgeschöpft?

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen. Gleichwohl sieht die Bundesregierung nach wie vor ein großes Potential bei den Frauen und ist bestrebt, sie auch weiterhin bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu unterstützen. Im Fokus stehen dabei

- qualifizierte Frauen, die nicht am Erwerbsleben teilnehmen, die mit dem ESF-Modellprogramm „Perspektive Wiedereinstieg“ und künftig mit der von der Bundesagentur für Arbeit neu entwickelten Maßnahme „Verstetigte Perspektive Wiedereinstieg“ unterstützt werden,
- alleinerziehende Frauen, die verstärkt dadurch unterstützt werden, indem gute Erfahrungen aus (ESF-) Programmen nachhaltig in die Strukturen der Agenturen für Arbeit und der Jobcenter sowie in die Regelförderung des SGB III und des SGB II übertragen werden,
- Mütter ohne Berufsabschluss, denen eine Teilzeitberufsausbildung die Möglichkeit eröffnet, einen Berufsabschluss zu erlangen.

Im Übrigen wird hinsichtlich der Maßnahmen auf die Antwort zu den Fragen 1 und 2 verwiesen.

## 7. Inwiefern arbeiten Frauen in Branchen, die sich durch besondere Arbeitsbelastungen auszeichnen?

Zur Beantwortung der Frage wird der Stressreport Deutschland 2012 herangezogen, der auf den Ergebnissen der Erwerbstätigenbefragung 2011/2012 des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) basiert. In dieser Erwerbstätigenbefragung wurden Daten von 17 562 abhängig Beschäftigten analysiert. Der Anteil der Frauen in der Gesamtstichprobe beträgt 46 Prozent und der der Männer 54 Prozent. Die Auswertungen gehen ausschließlich auf die psychische Belastung ein.

Von den Branchen, die durch eine besondere psychische Arbeitsbelastung gekennzeichnet sind, sind – gemessen an der Verteilung in der Gesamtstichprobe – überproportional mehr Frauen als Männer in der Branche „Gesundheit und Sozialwesen“ tätig:

- Verarbeitendes Gewerbe (Frauen 27 Prozent, Männer 73 Prozent),
- Baugewerbe (Frauen 12 Prozent, Männer 88 Prozent),
- Verkehr und Lagerei (Frauen 27 Prozent, Männer 73 Prozent),
- Information und Kommunikation (Frauen 37 Prozent, Männer 63 Prozent),
- Gesundheit und Sozialwesen (Frauen 78 Prozent, Männer 22 Prozent).

Für die Branche „Gesundheit und Sozialwesen“ sind folgende Merkmale charakteristisch:

- verschiedenartige Arbeiten gleichzeitig betreuen,
- starker Termin- und Leistungsdruck,
- ständig wiederkehrende Arbeitsvorgänge,
- bei der Arbeit gestört, unterbrochen,
- Verfahren verbessern, Neues ausprobieren,
- Arbeitsdurchführung detailliert vorgeschrieben,
- arbeiten an Grenze der Leistungsfähigkeit.

8. Inwiefern sind Frauen besonders von dem Problem psychischer Belastungen, Stress und Burnout betroffen, und welchen Zusammenhang gibt es hier zu ihrer Doppel- bzw. Dreifachbelastung hinsichtlich Familie, Kinder und Arbeit?

Zur Beantwortung der Frage wird der Stressreport Deutschland 2012 herangezogen. Um Aufschluss über die psychische Belastung, das heißt die psychischen Anforderungen aus Arbeitsinhalt und -organisation zu erhalten, wurden die Erwerbstätigen dazu befragt, wie häufig die nachfolgenden Merkmale bei ihrer Arbeit auftreten (Antwortmöglichkeiten: häufig, manchmal, selten, nie). Die Ergebnisse können der folgenden Tabelle entnommen werden.

**Tabelle 6:**

Psychische Anforderungen aus Arbeitsinhalt und -organisation, deren Auftreten mit „häufig“ angegeben wurde (in Prozent)

	Insgesamt		Vollzeitbeschäftigte (≥ 35 Std./Woche)		Kind unter 18 Jahren im Haushalt		Vollzeitbeschäftigte Führungskräfte	
	F	M	F	M	F	M	F	M
verschiedenartige Arbeiten gleichzeitig betreuen	61	56	68	57	67	60	76	69
Ständig wiederkehrende Arbeitsvorgänge	55	45	53	44	55	43	49	42
Arbeitsunterbrechungen	47	42	54	42	53	43	64	53
Sehr schnell arbeiten	42	37	45	37	48	39	49	43
Arbeiten an der Grenze der Leistungsfähigkeit	17	16	20	17	–	–	–	–

Quelle: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

In der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2011/2012 wurde nicht direkt nach Stress gefragt. Erfasst wurde die Stresszunahme bezogen auf den Zeitraum der vorangegangenen zwei Jahre (Antwortmöglichkeit: zugenommen, gleich geblieben, abgenommen). Dabei geben jeweils 43 Prozent der Frauen und Männer eine Zunahme an. Vergleicht man jedoch nur vollzeitbeschäftigte Männer und Frauen, geben Frauen in höherem Maße eine Stresszunahme an (Frauen 48 Prozent, Männer 44 Prozent). Wenn ein Kind unter 18 Jahren im Haushalt lebt oder nur die vollzeitbeschäftigten Führungskräfte betrachtet werden, gibt es keine Geschlechtsunterschiede.

Da eine Stressreaktion aus einem Ungleichgewicht zwischen der auftretenden Belastung und den individuellen Bewältigungsmöglichkeiten entsteht, können zwei weitere Fragen indirekt Hinweise auf das Stresserleben geben, nämlich ob sich eine Person fachlich oder mengenmäßig überfordert fühlt. Bezogen auf alle Befragten geben Frauen eher als Männer an, mengenmäßig überfordert zu sein (Frauen 20 Prozent, Männer 17 Prozent). Bei fachlichen Überforderungen gibt es dagegen keine Geschlechtsunterschiede.

Der Geschlechtsunterschied für die mengenmäßige Überforderung vergrößert sich, wenn man nur die Vollzeitbeschäftigten untersucht (Frauen 24 Prozent, Männer 17 Prozent). Der Unterschied verändert sich nicht wesentlich, wenn ein Kind unter 18 Jahren im Haushalt lebt (Frauen 22 Prozent, Männer 17 Prozent)

oder wenn nur die Führungskräfte betrachtet werden (Frauen 26 Prozent, Männer 19 Prozent).

Burnout wurde in der oben genannten Erwerbstätigenbefragung ebenfalls nicht direkt erfragt. Erfasst wurde nur eine Dimension, die mit Burnout in Zusammenhang steht, nämlich körperliche und emotionale Erschöpfung. Diese berichten Frauen eher als Männer (Frauen 20 Prozent, Männer 13 Prozent). Bei Betrachtung nur der Vollzeitbeschäftigten geben 23 Prozent der Frauen und 13 Prozent der Männer eine körperliche und emotionale Erschöpfung an.

Der Abstand zwischen Männern und Frauen bleibt bestehen, wenn ein Kind unter 18 Jahren im Haushalt lebt (Frauen 25 Prozent, Männer 13 Prozent) oder wenn nur die Führungskräfte betrachtet werden (Frauen 25 Prozent, Männer 13 Prozent).

Im Rahmen einer Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland (Hapke et al. 2012, Bundesgesundheitsblatt, 55, 980 bis 990) wurde das Burnout-Syndrom mit einer Frage berücksichtigt. Gefragt wurde, ob das Burnout-Syndrom jemals von einem Arzt oder Psychotherapeuten festgestellt wurde, wann das erste Mal, ob es in den vergangenen zwölf Monaten bestand und welche Behandlungen in Anspruch genommen wurden. Die Ergebnisse zeigen, dass die 12-Monats-Prävalenz des Burnout-Syndroms bei Frauen 1,5 Prozent und bei Männern 1,1 Prozent beträgt. Dabei bleibt allerdings zu berücksichtigen, dass Burnout nach der Internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandten Gesundheitsprobleme (ICD-10) keine klinische Diagnose darstellt.

9. Wie hat sich seit 1990 die Zahl der Männer und Frauen nach Beschäftigungsformen entwickelt (bitte jährlich nach Normalarbeitsverhältnis sowie nach den verschiedenen Formen atypischer Beschäftigung für Gesamtdeutschland sowie Ost und West ausweisen)?

Die als Anlage beigefügte Tabelle 7.1 enthält eine Zeitreihe der Kernerwerbstätigen differenziert nach Geschlecht und Erwerbsformen für die Jahre 1991 bis 2011 (frühere Jahre sind im Mikrozensus nicht verfügbar). Eine weitere Zeitreihe (Tabelle 7.2 im Anhang), die zusätzlich nach Ost- und Westdeutschland differenziert, ist beim Statistischen Bundesamt nur für die Jahre 2005 bis 2011 und ohne Ausweis der Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter verfügbar. Zu den Kernerwerbstätigen zählt das Statistische Bundesamt Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befinden. Ebenfalls werden Zeit- und Berufssoldatinnen und -soldaten sowie Grundwehr- und Zivildienstleistende bei der Zählung nicht berücksichtigt. Zeitarbeit als Form der atypischen Beschäftigung wird im Mikrozensus erst seit 2006 erfasst. Damit wäre ein Vergleich der Jahre vor 2006 mit Jahren nach 2006 innerhalb der Reihen „Normalarbeitnehmerinnen und Normalarbeitnehmer“ und „atypisch Beschäftigte insgesamt“ verzerrt. Die Zahl der Kernerwerbstätigen insgesamt ist zwischen 1991 und 2011 um rund 1,4 Millionen gestiegen. Vergleicht man die Entwicklung zwischen 2006 und 2011, fällt der Anstieg mit gut zwei Millionen sogar noch stärker aus. Davon entfallen rund 1,6 Millionen auf die Zunahme der Normalarbeitsverhältnisse und 460 000 auf das Wachstum atypischer Beschäftigung. Im Jahr 2011 waren knapp 75 Prozent aller abhängigen Beschäftigungsverhältnisse Normalarbeitsverhältnisse.

10. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zu den Arbeitszeitwünschen von berufstätigen Frauen vor (bitte auch entsprechende Zahlen nennen)?

Wie decken sich diese mit ihren realen Arbeitszeiten?

Die Übereinstimmung von tatsächlichen mit den gewünschten Arbeitszeiten kann als wichtiger Gradmesser für Work-Life-Balance angesehen werden. Aus verschiedenen empirischen Untersuchungen ist bekannt, dass erwerbstätige Frauen ihre individuellen Arbeitszeiten häufig ausweiten wollen, insbesondere dann, wenn sie teilzeitbeschäftigt sind. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) 2009 zu den Arbeitszeitwünschen von Frauen in Beschäftigung ermittelt, dass besonders häufig geringfügig Beschäftigte sowie Frauen, die regelmäßig Überstunden leisten, gerne länger (regulär) arbeiten würden. Eine längere Wochenarbeitszeit wünschen sich im Vergleich zu Höherqualifizierten auch Frauen mit niedrigerer beruflicher Qualifikation und niedrigem Haushaltseinkommen. Der Wunsch nach einer längeren Arbeitszeit kommt häufiger bei Frauen ohne Partner oder ohne kleine Kinder vor (siehe Wanger, Susanne (2012): Arbeitszeitpotenziale bei Frauen. Wunschlängen und wahre Größen, IAB-Forum 1/2012, S. 18 ff.). Auf der anderen Seite wünschen sich beschäftigte Mütter auch häufig kürzere Arbeitszeiten, als sie gegenwärtig haben (siehe Abschnitt 6.2.3 des Ersten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 17/6240).

Auf Grundlage des Mikrozensus 2011 kann die Differenz zwischen gewünschten und tatsächlichen Arbeitszeiten als Saldo zwischen Wünschen nach Verlängerung und Verkürzung dargestellt sowie die jeweiligen Anteile der erwerbstätigen Frauen näher ausgewiesen werden, die kürzer, gleich oder länger arbeiten wollen. Demnach arbeiten die bundesweit rund 17,5 Millionen erwerbstätigen Frauen (im Alter von 20 bis 64 Jahren) durchschnittlich 30,7 Wochenstunden (siehe nachfolgende Tabelle 8).

**Tabelle 8:**  
**Normalerweise geleistete Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche von erwerbstätigen Frauen im Alter von 20 bis 64 Jahren (Jahr 2011)**

	Personen	Durchschnittl. Wochenstunden	Differenz gewünschte Arbeitszeiten minus tatsächliche Arbeitszeiten	davon mit gewünschter ... Arbeitszeit					
				niedriger		gleicher		höherer	
				in 1.000	%	1.000	%	1.000	%
<b>Deutschland</b>									
<b>Normalerweise geleistete Wochenarbeitsstunden:</b>									
1-10 Stunden	1.744	7,5	4,6	9	0,5	1.301	74,6	434	24,9
11-20 Stunden	3.340	17,3	3,2	28	0,9	2.598	77,8	714	21,4
21-30 Stunden	2.867	27,3	1,9	55	1,9	2.244	78,3	568	19,8
31-40 Stunden	7.898	38,6	0	264	3,3	7.162	90,7	472	6,0
41 oder mehr Stunden	1.701	49,2	-0,9	116	6,8	1.519	89,3	65	3,8
<b>Insgesamt</b>	<b>17.550</b>	<b>30,7</b>	<b>1,3</b>	<b>473</b>	<b>2,7</b>	<b>14.824</b>	<b>84,5</b>	<b>2.253</b>	<b>12,8</b>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>									
<b>Normalerweise geleistete Wochenarbeitsstunden:</b>									
1-10 Stunden	1.566	7,6	3,8	9	0,6	1.205	76,9	352	22,5
11-20 Stunden	2.958	17,3	2,6	27	0,9	2.386	80,7	545	18,4
21-30 Stunden	2.216	27,0	1,5	49	2,2	1.806	81,5	361	16,3
31-40 Stunden	5.840	38,6	0	209	3,6	5.281	90,4	350	6,0
41 oder mehr Stunden	1.401	49,1	-1,0	101	7,2	1.243	88,7	58	4,1
<b>Insgesamt</b>	<b>13.981</b>	<b>29,8</b>	<b>1,1</b>	<b>395</b>	<b>2,8</b>	<b>11.921</b>	<b>85,3</b>	<b>1.665</b>	<b>11,9</b>
<b>Neue Länder einschl. Berlin</b>									
<b>Normalerweise geleistete Wochenarbeitsstunden:</b>									
1-10 Stunden	178	7,0	11,7	/	/	96	54,0	82	45,9
11-20 Stunden	382	17,6	8,1	/	/	212	55,4	169	44,2
21-30 Stunden	651	28,4	3,3	6	0,9	438	67,3	207	31,8
31-40 Stunden	2.058	38,9	0,1	55	2,7	1.881	91,4	122	5,9
41 oder mehr Stunden	299	49,4	-0,7	15	5,1	276	92,3	8	2,5
<b>Insgesamt</b>	<b>3.569</b>	<b>34,0</b>	<b>2,0</b>	<b>77</b>	<b>2,2</b>	<b>2.904</b>	<b>81,4</b>	<b>587</b>	<b>16,5</b>

/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug

Quelle: Mikrozensus 2011

Im Saldo wünschten sich erwerbstätige Frauen im Alter von 20 bis 64 Jahren im Durchschnitt eine 1,3 Stunden längere Wochenarbeitszeit. Ausgeprägte Wünsche nach einer Arbeitszeitverlängerung finden sich insbesondere bei Frauen, die normalerweise nur wenige Wochenstunden arbeiteten: So wünschen sich rund ein Viertel der Frauen mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von bis zu 10 Stunden eine Ausweitung; im Durchschnitt dieser Gruppe würde dies zu einer 4,6 Stunden längeren Wochenarbeitszeit führen, sofern sich diese Arbeitszeitwünsche auch tatsächlich auf dem Arbeitsmarkt durchsetzen ließen. In den neuen Bundesländern liegen die entsprechenden Werte deutlich höher: Fast 46 Prozent der Frauen mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von bis zu 10 Stunden haben einen Wunsch nach Arbeitszeitverlängerung, bei dessen Realisierung sie dann durchschnittlich 11,7 Wochenstunden mehr arbeiten würden.

11. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zum Problem der unfreiwilligen Teilzeitarbeit vor?

Inwiefern gibt es Hindernisse im Jobangebot, inwiefern Hindernisse durch familiäre und soziale Verpflichtungen?

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

Unfreiwillige Teilzeitarbeit liegt zum einen dann vor, wenn eine Vollzeittätigkeit aufgrund mangelnder Arbeitsnachfrage nicht zustande kommt. Zum anderen können Erwerbstätige nicht immer ihren Wunsch nach vollzeitnahen Tätigkeiten (siehe dazu auch Antwort zu Frage 10) wegen familiärer oder persönlicher Verpflichtungen realisieren. Bei solchen Motiven für Teilzeitarbeit ist allerdings

nicht immer eindeutig, ob Teilzeit aufgrund ungeeigneter Rahmenbedingungen oder mangelnder Anreize subjektiv tatsächlich als unfreiwillig eingeschätzt wird. Nach Angaben des Mikrozensus 2011 gaben fast 13 Prozent der befragten Frauen (im Alter von 20 bis 64 Jahren) an, nur deshalb teilzeitbeschäftigt zu sein, weil sie keine Vollzeittätigkeit finden konnten (siehe nachfolgende Tabelle 9). Diese Art der unfreiwilligen Teilzeitarbeit ist in Ostdeutschland aufgrund der Arbeitsmarktlage stärker verbreitet als in Westdeutschland: In den neuen Bundesländern wird der Grund „Vollzeittätigkeit nicht zu finden“ mit einem Anteil von über 38 Prozent an erster Stelle genannt. Dies trifft auch schon in den Vorjahren zu, allerdings wurde hier noch dieser Grund für die Ausübung einer Teilzeittätigkeit von regelmäßig über der Hälfte der befragten teilzeitbeschäftigten Frauen genannt (siehe auch Antwort der Bundesregierung zu Frage 18 auf Bundestagsdrucksache 17/4916).

**Tabelle 9:**  
**Teilzeiterwerbstätige Frauen im Alter von 20 bis 64 Jahren\*) nach Gründen für Teilzeittätigkeit**

Jahr	Teilzeiterwerbstätige Frauen im Alter von 20 bis 64 Jahren							
	Insgesamt	davon Grund für Teilzeittätigkeit						
		Vollzeittätigkeit nicht zu finden	Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen/behinderten Personen	Persönliche oder familiäre Verpflichtungen	Schulausbildung oder sonstige Aus- und Fortbildung	Krankheit, Unfallfolgen	Vollzeittätigkeit aus anderen Gründen nicht gewünscht	keine Angabe
	1.000	Prozent						
	<b>Deutschland</b>							
2007	7.611	18,7	21,3	33,1	4,8	1,9	15,4	4,9
2011	7.999	13,9	25,7	25,8	5,2	2,4	21,8	5,2
	<b>Früheres Bundesgebiet (ohne West-Berlin)</b>							
2007	6.446	12,8	23,2	37,0	4,5	1,8	15,8	5,0
2011	6.781	9,6	27,7	28,6	5,0	2,3	21,8	5,0
	<b>Neue Länder einschl. Berlin</b>							
2007	1.164	51,3	10,7	11,3	6,3	2,6	13,4	4,5
2011	1.218	38,1	14,1	10,6	6,3	3,1	21,7	6,2

\*) Bevölkerung in Privathaushalten am Hauptwohnsitz.  
Abweichungen in den Summen ergeben sich durch das Runden der Zahlen.  
Quelle: Mikrozensus 2007 und 2011

Auch in Fällen, wo die befragten Frauen „Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen/behinderten Personen“ oder „Persönliche oder familiäre Verpflichtungen“ als Hauptgrund für ihre Teilzeittätigkeit angegeben haben – dies trifft 2011 bei jeweils fast 26 Prozent der befragten Teilzeitbeschäftigten zu –, kann Teilzeitarbeit unfreiwillig ausgeübt werden, sofern z. B. externe Betreuungsangebote nicht ausreichend vorhanden sind.

Soweit unzureichende Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie Ursache für eine unfreiwillige Einschränkung der Arbeitszeit sind, setzt die Politik der Bundesregierung auf verschiedenen Ebenen an:

- Die gemeinsam mit der Wirtschaft getragenen Initiative „Familienbewusste Arbeitszeiten“ fördert den Bewusstseinswandel in Unternehmen.
- Der Bund beteiligt sich finanziell am Ausbau der Kinderbetreuungsangebote; diese finanzielle Beteiligung wurde 2013 noch einmal auf 5,4 Mrd. Euro bis 2014 und ab 2015 auf dauerhaft jährlich 845 Mio. Euro erhöht.
- Ab 1. August 2013 besteht der Rechtsanspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege für Kinder vom vollendetem ersten Lebensjahr an.
- Im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung sollen familienunterstützende und haushaltsnahe Dienstleistungen gestärkt werden. Denn

haushaltsnahe Dienstleistungen können in besonderem Maße dazu beitragen, die zeitlichen Spielräume für Familien zu erweitern und die Vereinbarkeit von Familie bzw. Pflege und Beruf zu verbessern.

Darüber hinaus hat nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz der Arbeitgeber teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Arbeitszeit verlängern wollen, bei der Besetzung eines entsprechenden freien Arbeitsplatzes grundsätzlich bevorzugt zu berücksichtigen, soweit gleiche Eignung vorliegt.

12. Wie stellt sich nach Kenntnis der Bundesregierung das Ausmaß der Teilzeitarbeit von Frauen in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Staaten dar?

Im Jahr 2011 arbeiteten in Deutschland 45,1 Prozent der beschäftigten Frauen in Teilzeit. Damit liegt Deutschland deutlich über dem Durchschnitt der EU 27 (31,6 Prozent). Ähnlich hohe Teilzeitanteile von Frauen lassen sich in Österreich, Belgien und dem Vereinigten Königreich finden. Die Niederlande weisen mit 76,5 Prozent mit Abstand den höchsten Teilzeitanteil von Frauen aus.

**Tabelle 10:**  
**Teilzeitbeschäftigung als Prozentsatz der gesamten Beschäftigung (Frauen im Alter zwischen 15 und unter 65 Jahren)**

	Frauen																				
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
EU 27	:	:	:	:	:	:	:	:	:	28,7	28,4	28,2	28,8	29,8	30,5	30,7	30,8	30,6	31,0	31,4	31,6
Belgien	27,4	28,2	28,6	28,4	29,8	30,5	31,4	33,3	39,9	39,8	36,8	37,7	39,4	40,9	40,4	41,0	40,5	40,8	41,4	42,1	43,3
Bulgarien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	3,7	3,5	2,7	3,1	2,3	1,9	2,4	2,5	2,4	2,4
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	9,7	9,5	9,3	8,9	8,1	7,7	8,0	7,9	8,0	8,0	7,9	7,8	8,5	9,1	8,5
Dänemark	37,4	36,3	36,9	34,4	35,3	34,3	34,4	35,7	33,7	34,9	31,2	31,1	31,6	33,7	32,6	35,0	35,1	35,6	37,2	38,1	37,0
Deutschland	29,9	30,5	31,7	32,9	33,5	33,3	34,9	36,1	36,9	37,7	39,0	39,2	40,4	41,3	43,4	45,4	45,6	45,2	44,9	45,0	45,1
Estland	:	:	:	:	:	:	11,7	9,5	8,4	8,8	9,4	8,4	8,5	9,5	9,1	9,7	10,6	9,3	12,5	13,1	13,5
Irland	17,8	18,5	21,1	21,7	23,0	22,0	23,1	30,1	30,6	30,7	31,1	30,4	31,1	31,6	31,5	30,8	31,6	31,9	33,5	34,3	35,2
Griechenland	6,5	7,8	7,2	7,4	7,9	8,2	7,7	10,0	9,9	7,7	6,9	7,8	7,3	8,4	9,0	9,9	9,9	9,8	10,1	10,2	10,0
Spanien	11,0	13,5	14,6	15,1	16,3	16,8	17,3	17,0	17,5	17,0	17,2	17,0	17,3	18,3	24,0	23,0	22,7	22,6	22,9	23,1	23,4
Frankreich	23,4	24,4	26,2	27,7	28,8	29,4	30,8	31,6	31,6	30,9	30,3	29,6	29,9	30,5	30,3	30,2	30,4	29,4	29,9	30,0	29,9
Italien	10,2	11,7	11,3	12,5	13,1	12,9	13,9	14,4	15,7	17,3	17,7	16,7	17,2	24,7	25,6	26,4	26,8	27,8	27,9	29,0	29,3
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	:	10,8	13,3	12,1	10,8	12,5	12,5	13,2	11,3	10,4	10,8	11,5	11,8	12,1
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	11,7	12,1	11,6	11,3	10,5	13,1	12,6	9,7	7,4	6,9	7,1	9,6	11,0	10,4
Litauen	:	:	:	:	:	:	:	9,5	:	10,1	9,6	10,7	10,7	10,2	8,8	11,5	9,7	8,3	9,1	8,9	9,9
Luxemburg	18,1	16,4	18,4	19,4	20,3	18,4	20,1	22,3	24,7	25,8	25,7	26,4	30,7	36,4	38,2	36,2	37,1	38,2	34,9	35,8	35,9
Ungarn	:	:	:	:	:	4,1	5,3	5,2	5,4	5,0	4,9	4,9	5,8	6,0	5,6	5,4	5,5	5,8	7,1	7,6	8,8
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	13,3	16,8	18,8	20,9	17,5	20,9	21,4	24,6	25,3	23,2	24,5	25,5
Niederlande	59,7	63,7	64,4	65,9	67,2	68,4	67,8	67,8	68,5	70,5	71,3	72,7	74,1	74,7	75,0	74,5	74,8	75,2	75,7	76,2	76,5
Österreich	:	:	:	26,4	28,4	28,7	30,0	32,3	32,9	33,3	35,7	35,2	38,4	39,1	39,9	40,7	41,1	42,4	43,3	43,4	
Polen	:	:	:	:	:	:	11,9	11,5	11,8	12,1	11,6	12,2	12,1	12,5	13,3	12,2	11,7	10,9	10,9	10,8	10,4
Portugal	9,9	10,5	10,3	10,9	10,5	11,6	13,2	14,8	14,3	13,7	13,7	13,5	14,4	13,0	13,2	12,7	13,6	13,9	13,0	12,3	13,7
Rumänien	:	:	:	:	:	:	15,6	16,6	16,2	16,0	16,2	10,7	11,5	9,6	9,2	8,5	8,9	9,3	9,1	9,9	10,1
Slowenien	:	:	:	:	:	8,0	8,6	7,9	7,1	6,9	6,5	7,6	10,7	9,8	10,4	10,0	10,4	12,1	12,1	13,6	12,2
Slowakei	:	:	:	:	:	:	:	3,6	3,1	2,9	3,8	2,7	3,5	4,0	3,9	4,5	4,3	4,1	4,5	5,2	5,6
Finnland	:	:	:	:	15,5	15,3	15,4	16,8	16,8	16,7	16,6	16,9	17,6	17,8	18,2	18,7	18,8	17,8	18,5	19,0	19,0
Schweden	:	:	:	:	43,0	41,5	41,2	40,5	40,1	35,7	32,2	32,3	35,1	36,0	39,2	39,7	39,5	40,9	40,5	39,7	38,7
Vereinigtes Königreich	43,1	43,3	43,3	43,8	43,7	44,3	44,3	44,2	43,7	43,8	43,7	43,3	43,6	43,5	41,9	41,7	41,4	41,0	41,7	42,4	42,2

Quelle: Eurostat  
: nicht verfügbar

13. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zu den Arbeitszeitwünschen von nicht berufstätigen Frauen vor (bitte auch entsprechende Zahlen nennen, wenn möglich nach verschiedenen Beschäftigungsformen), und welche Hindernisse gibt es für die Verwirklichung dieser Wünsche?

Zur Beantwortung dieser Frage wird auf den Mikrozensus zurückgegriffen. Dieser befragt Erwerbslose und diejenigen Personen aus der Stillen Reserve, die arbeitsuchend, aber aktuell aus verschiedenen Gründen nicht verfügbar sind,

danach, ob sie eine Vollzeit- oder Teilzeittätigkeit suchen, sofern sie eine Tätigkeit als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer suchen. Mit dem Befragungsprogramm des Mikrozensus 2011 wurde eine zusätzliche Antwortmöglichkeit eingefügt, sodass keine exakten Vergleiche mit den Vorjahren möglich sind. In nachfolgender Tabelle 11 sind die entsprechenden Angaben für Frauen (im Alter von 20 bis 64 Jahren) im Vergleich der Jahre 2007 und 2011 wiedergegeben.

Demnach gab es bundesweit im Jahresdurchschnitt 2011 rund 993 000 erwerbslose Frauen, die ganz überwiegend eine Vollzeittätigkeit suchten. Der Wunsch nach einer Vollzeittätigkeit war unter den erwerbslosen Frauen in den Neuen Ländern (einschließlich Berlin) noch höher als im Bundesdurchschnitt.

Stärkere Präferenzen für eine mögliche Teilzeittätigkeit finden sich bei den nicht-verfügbaren arbeitssuchenden Frauen. Das geringere Potenzial für eine vollzeitnahe Beschäftigung ist in dieser Gruppe der sogenannten Stillen Reserve ganz wesentlich darin begründet, dass diese Frauen wegen der Betreuung von minderjährigen Kindern oder der Pflege von Angehörigen nur an Arbeit im geringeren Stundenumfang interessiert sind.

**Tabelle 11:**  
**Nach einer Arbeitnehmertätigkeit suchende Frauen (Erwerbslose und Stille Reserve) im Alter von 20 bis 64 Jahren\*) (Jahre 2007 und 2011)**

Jahr	Nach einer Arbeitnehmertätigkeit suchende Frauen im Alter von 20 bis 64 Jahren						
	Insgesamt	davon suchen					
		eine Vollzeittätigkeit	eher eine Voll- u.U. eine Teilzeittätigkeit	eine Teilzeittätigkeit	eher eine Teil- u.U. eine Vollzeittätigkeit	sowohl eine Voll- als auch eine Teilzeittätigkeit	keine Angabe
	1.000	Prozent					
	<b>Deutschland</b>						
	Erwerbslose Frauen						
2007	1.549	30,5	37,4	23,8	8,0	x	0,4
2011	993	26,3	34,5	24,2	8,5	6,2	/
	nicht-verfügbare arbeitssuchende Frauen						
2007	351	19,8	23,8	43,7	10,8	x	1,9
2011	170	18,9	25,2	37,6	11,5	6,2	/
	<b>Früheres Bundesgebiet (ohne West-Berlin)</b>						
	Erwerbslose Frauen						
2007	954	27,6	30,4	32,3	9,3	x	/
2011	641	24,0	28,7	31,1	9,6	6,3	/
	nicht-verfügbare arbeitssuchende Frauen						
2007	242	18,8	19,8	48,4	10,6	x	2,4
2011	118	18,0	20,7	42,0	11,9	6,5	/
	<b>Neue Länder einschl. Berlin</b>						
	Erwerbslose Frauen						
2007	595	35,2	48,6	10,1	5,8	x	/
2011	353	30,5	45,0	11,8	6,6	5,9	/
	nicht-verfügbare arbeitssuchende Frauen						
2007	109	22,2	32,7	33,2	11,1	x	/
2011	53	20,9	35,2	27,9	10,6	/	-

\*) Bevölkerung in Privathaushalten am Hauptwohnsitz.

/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

- = nichts vorhanden

x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll; Ausprägung wurde erst 2011 aufgenommen.

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Quelle: Mikrozensus 2007 und 2011

Ob ein solches Arbeitsangebot auch eine entsprechende Nachfrage bei den Unternehmen findet, kann nicht ohne weiteres angenommen werden. Hohe Anforderungen hinsichtlich Qualifikation, Beruf etc. sowie regionale Unterschiede könnten verhindern, dass die Erwerbswünsche auch umgesetzt werden können. Einem möglichen „Mismatch“ kann deshalb mit arbeitsmarktpolitischen Maß-

nahmen entgegengewirkt werden, z .B. Maßnahmen, die den Wiedereinstieg von Berufsrückkehrerinnen erleichtern.

Nach einer Erwerbsunterbrechung aufgrund familiärer Verpflichtungen ist der berufliche Wiedereinstieg die entscheidende Weichenstellung für die Realisierung vorhandener Arbeitszeitwünsche. Erfahrungen aus dem ESF-geförderten Modell „Perspektive Wiedereinstieg“ zeigen, dass die Ansprache und stärkere Einbeziehung des Partners beziehungsweise der Partnerin der/des Wiedereinsteigenden in die Bewältigung häuslicher und familiärer Aufgaben während des Wiedereinstiegsprozesses sowie die Inanspruchnahme externer Hilfen in Form familienunterstützender und haushaltsnaher Dienstleistungen Hindernisse für die Realisierung eines substanziellen Arbeitszeitumfangs abbauen können. Im Rahmen des Aktionsprogramms „Perspektive Wiedereinstieg“ steht außerdem eine Strategie der Sensibilisierung von Unternehmen für eine familienbewusste Arbeitszeitflexibilisierung auf der Agenda.

14. Wie haben sich seit 1990 die Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern entwickelt (Gesamtdeutschland sowie Ost und West), und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung?

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht auf Basis der Verdienststrukturerhebung und ihrer Fortschreibung über die vierteljährliche Verdiensterhebung Jahresangaben zu den Unterschieden im Bruttostundenverdienst zwischen Männern und Frauen (unbereinigter Gender Pay Gap). Die Daten liegen ab 1995 vor und werden ab 2006 getrennt für die Gebietsstände West/Ost ausgewiesen (siehe nachfolgende Tabelle 12). Im Jahr 2011 lag der Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen bundesweit bei durchschnittlich 22 Prozent. Der Unterschied liegt dabei im alten Bundesgebiet einschließlich Berlin mit 24 Prozent beträchtlich höher als in den neuen Bundesländern (7 Prozent).

**Tabelle 12:**

**Durchschnittlicher Unterschied zwischen Bruttostundenverdiensten von Männern und Frauen (Gender Pay Gap) in Prozent, 1995-2011**

Jahr	Gesamtdeutschland	Altes Bundesgebiet (inkl. Berlin)	Neue Bundesländer (ohne Berlin)
1995	21	–	–
1996	21	–	–
1997	21	–	–
1998	22	–	–
1999	19	–	–
2000	21	–	–
2001	21	–	–
2002	22	–	–
2003	23	–	–
2004	23	–	–
2005	22	–	–
2006	23	24	6
2007	23	24	6

Jahr	Gesamtdeutschland	Altes Bundesgebiet (inkl. Berlin)	Neue Bundesländer (ohne Berlin)
2008	23	25	6
2009	23	24	7
2010	22	24	7
2011	22	24	7

Quelle: Statistisches Bundesamt, Verdienststrukturerhebung; fortgeschrieben mit Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung

15. Was sind nach Ansicht der Bundesregierung die wesentlichen Gründe für die vorhandenen Verdienstunterschiede?

Für geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede gibt es verschiedene miteinander verbundene Ursachen. Wie Forschungsergebnisse belegen, lassen sich die vorhandenen Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen auf drei wesentliche Ursachenkomplexe zurückführen:

- Frauen unterbrechen und reduzieren ihre Erwerbstätigkeit häufiger und länger familienbedingt. Verdienstunterschiede fallen umso höher aus, je länger die beruflichen Auszeiten dauern, denn die Entgelteinbußen können im weiteren Erwerbsverlauf nicht vollständig aufgeholt werden. Dieser Effekt ist umso stärker, je höher der Bildungsabschluss ist.
- Frauen fehlen in bestimmten Berufen und Branchen (horizontale Segregation des Arbeitsmarktes), aber sind auch weniger auf höheren beruflichen Positionen vertreten (vertikale Segregation).
- Trotz des Gebotes der Gleichbehandlung haben individuelle und kollektive Lohnverhandlungen bisher nicht nachhaltig dazu beitragen können, die Schlechterbewertung typischer Frauentätigkeiten zu beenden.

16. Welchen Anteil an den Verdienstunterschieden hat nach Ansicht der Bundesregierung eine geschlechtsspezifische Berufswahl und -ausübung, und welche politischen Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

Die Gegenüberstellung der Berufe von Frauen und Männern zeigt, dass bei den Frauen eine vergleichsweise starke Konzentration auf ein kleines Spektrum der Berufe (z. B. Bürotätigkeiten, Verkauf, Reinigung, Gesundheitsberufe) vorherrscht. Das Statistische Bundesamt hat anhand der Daten der Verdienststrukturerhebung 2006 den simultanen Einfluss verschiedener Erklärungsgrößen ermittelt (vgl. [www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VerdiensteArbeitskosten/Verdienstunterschiede/VerdienstunterschiedeMannFrau5621001069004.pdf?blob=publicationFile](http://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VerdiensteArbeitskosten/Verdienstunterschiede/VerdienstunterschiedeMannFrau5621001069004.pdf?blob=publicationFile)).

Demnach ließen sich mittels bestimmter Tätigkeitsmerkmale (Unterschiede in den Leistungsgruppen der Tätigkeiten, Anteil von Frauen an niedrig bezahlten Tätigkeiten), aber auch weiterer Merkmale, wie z. B. Beschäftigungsumfang sowie anhand persönlicher Merkmale (z. B. Dienstalster, Ausbildungsabschluss) und unternehmensbezogener Merkmale (z. B. Unternehmensgröße) fast zwei Drittel des unbereinigten Gender Pay Gap im Jahr 2006 erklären. Der Gender Pay Gap von damals rund 23 Prozent (2006) reduziert sich unter Berücksichtigung dieser Merkmale um rund 14 Prozentpunkte auf rund 8 Prozent, die nicht über Ausstattungsunterschiede erklärt werden können. Die ausgeübte Tätigkeit trägt dabei zu über vier Prozentpunkten zur Erklärung des geschlechtsspezifischen Lohnabstands bei. Daher zielt die Bundesregierung im Rahmen ihrer

Gleichstellungspolitik maßgeblich darauf ab, faire Einkommensperspektiven für Männer und Frauen über den Lebensverlauf zu fördern, indem das Berufswahlspektrum von Frauen und Männern erweitert und insgesamt Arbeits- und Karrierechancen verbessert werden.

17. Welchen Einfluss auf die Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern hat nach Kenntnissen der Bundesregierung die Frage, ob nach Tarif entlohnt wird oder nicht?

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts liegt der Verdienstunterschied bei Beschäftigten mit Tarifbindung um drei Prozentpunkte niedriger als bei Beschäftigten ohne Tarifbindung.

**Tabelle 13:**

**Verdienstunterschiede und Tarifbindung**

	Bruttostundenverdienst (Euro/Stunde)			Verdienst- unterschied in Prozent
	insgesamt	Frauen	Männer	
Arbeitnehmer mit Tarif- bindung	18,97	16,56	20,89	21
Arbeitnehmer ohne Tarif- bindung	14,94	12,68	16,74	24

Quelle: Statistisches Bundesamt, Verdienststrukturerhebung 2010

Die in Antwort zu Frage 16 erwähnte Dekompositionsanalyse des Statistischen Bundesamts hat ergeben, dass die Tarifbindung nur einen geringen Einfluss hat. Dies ist auch ein Anzeichen dafür, dass bei der Tarifbindung von Beschäftigungsverhältnissen zwischen Männern und Frauen keine bedeutsamen Unterschiede bestehen.

18. Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männer in Deutschland so hoch ist wie in kaum einem anderen Land der Europäischen Union ([www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Gesamtwirtschaft+Umwelt/VerdiensteArbeitskosten/Verdienstunterschiede/MaennerFrauen/Tabellen/GenderPayGapEU.html](http://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Gesamtwirtschaft+Umwelt/VerdiensteArbeitskosten/Verdienstunterschiede/MaennerFrauen/Tabellen/GenderPayGapEU.html)), und welchen Handlungsauftrag für die Politik leitet sie daraus ab?

Welche anderen europäischen Mitgliedstaaten sieht die Bundesregierung als vorbildhaft an, und welche Maßnahmen aus diesen Staaten als beispielgebend im Sinne eines Best-Practice-Ansatzes?

Ein aussagekräftiger europäischer Vergleich der geschlechtsspezifischen Verdienstunterschiede ist ohne Beachtung weiterer länderspezifischer Faktoren nicht möglich. Werden die europäischen Vergleichszahlen betrachtet, lässt sich ein Zusammenhang zur geschlechtsspezifischen Beschäftigungslücke (Abstand zwischen der Beschäftigungsquote von Frauen und Männern) erkennen. Insgesamt nimmt die Beschäftigungslücke zwischen Frauen und Männern in Europa mit steigendem Bildungsniveau ab: Gut qualifizierte Frauen sind relativ stärker am Erwerbsleben beteiligt. Somit partizipieren hoch qualifizierte Frauen in den Mitgliedstaaten generell stärker am Erwerbsleben. Während beispielsweise die Beschäftigungslücke zwischen Frauen und Männern im hochqualifizierten Segment in Schweden sehr gering ist, ist der Abstand in der Tschechischen Republik weitaus höher. Auch in Deutschland ist dieser Beschäftigungsabstand

recht hoch, während die Beschäftigungslücke in Deutschland über alle Qualifikationsniveaus hinweg im Ländervergleich eher gering ausfällt. Dieser Befund legt nahe, dass in Deutschland gerade auch hoch qualifizierte Frauen familienbedingt stärker aus dem Erwerbsleben ausscheiden als in anderen Ländern – mit den entsprechenden Effekten auf die Entgeltungleichheit.

Entgeltungleichheit wird in allen EU-Ländern als große Herausforderung angesehen. Dabei wird einer ursachengerechten Strategie, die verschiedene Akteure einbezieht, durchgängig der Vorzug gegeben. Seit 2008 wird in Deutschland und in anderen Ländern sowie seit 2011 auch für die Europäische Union der Equal Pay Day ausgetragen. Der Aktionstag dient der Sensibilisierung und Mobilisierung der Zivilgesellschaft.

Die Priorisierung von Maßnahmen fällt von Land zu Land verschieden aus. In Schweden sind Arbeitgeber nach dem „Equal Opportunities Act“ verpflichtet, aktive Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung am Arbeitsplatz zu ergreifen und jährlich eine Überprüfung der Lohn- und Gehaltsbedingungen von Frauen und Männern vorzunehmen, die veröffentlicht werden muss. Soweit diese nicht gesetzeskonform sind, kann eine Geldstrafe verhängt werden. Die Einhaltung der Regelungen wird von einer Regierungsorganisation überwacht. In Österreich wurde 2011 das Gleichstellungsgesetz um Transparenzregelungen in Vergütungssystemen erweitert, die intern dem Betriebsrat vorgelegt werden müssen. Die Erstellung der Einkommensberichte ist abhängig von der Größe des Unternehmens und muss dem Betriebsrat zugeleitet werden.

Die Schweiz bietet das Lohngleichheitsinstrument Logib an. Dabei handelt es sich um ein Instrument, das Unternehmen intern freiwillig zur Selbstüberprüfung und ggf. Änderung ihrer Lohnpolitik nutzen können. Dieses Instrument wurde 2009 von der Bundesregierung für Deutschland übernommen und wird seitdem beratungsgestützt als Logib-D für Unternehmen in Deutschland zur Verfügung gestellt.

19. Wie haben sich seit 1990 die Zahl und der Anteil von Frauen entwickelt, die zu Niedriglöhnen arbeiten (bitte insgesamt nennen sowie nach verschiedenen Beschäftigungsformen)?

Wie hat sich im Vergleich dazu die Zahl und der Anteil der Männer entwickelt?

20. Was sind die zehn Branchen, in denen die meisten weiblichen Niedriglohnbeschäftigten arbeiten (bitte auch mit konkreten Beschäftigungszahlen nennen)?

Wie hoch ist jeweils der Frauenanteil in diesen Branchen?

Die Fragen 19 und 20 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Analysen des Niedriglohnbereichs richten sich in der Regel nach einer Konvention der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die einen Niedriglohn definiert als einen Bruttolohn, der unterhalb von zwei Dritteln des mittleren Bruttolohns (Median) aller Beschäftigten liegt. Die relative Definition in Abhängigkeit von der statistischen Verteilung führt dazu, dass immer ein Niedriglohnbereich existiert, unabhängig von der absoluten Höhe der so definierten Niedriglöhne und dem damit verbundenen Wohlstandsniveau.

Die nachfolgenden Tabellen stützen sich auf die in den Jahren 2006 und 2010 durchgeführten Verdienststrukturerhebungen (VSE) des Statistischen Bundesamtes, die nach Beschäftigungsformen und weiteren Merkmalen differenzierte Aussagen zulassen. Dabei werden allerdings nur Betriebe mit zehn und mehr

Beschäftigten und die Abschnitte B bis S der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) erfasst, sodass auf Basis der VSE keine aussagekräftigen absoluten Zahlen zu Niedriglohnbeziehenden ausgewiesen werden können. Für Auskünfte vor 2006 stehen keine vergleichbaren Daten zur Verfügung.

**Tabelle 14:**  
**Anteil der Beschäftigten mit Niedriglohn nach Geschlecht und Beschäftigungsform 2006 und 2010**

Niedriglohnschwelle 2006: 9,90 Euro

Niedriglohnschwelle 2010: 10,36 Euro

Jahr	Insgesamt	Normalarbeitnehmer/-innen	Atypisch Beschäftigte	davon			
				Teilzeitbeschäftigte	befristet Beschäftigte	geringfügig Beschäftigte	Zeitarbeitnehmer/-innen
Geschlecht	%						
2006 insgesamt	18,7	10,5	47,3	17,6	36,0	81,5	68,1
Frauen	25,0	15,3	44,7	16,2	37,5	82,1	78,2
Männer	13,6	7,6	52,5	27,5	34,5	80,1	64,7
2010 insgesamt	20,6	10,8	49,8	20,9	33,5	84,3	67,7
Frauen	26,5	15,1	47,6	19,2	35,5	84,8	72,9
Männer	15,8	8,1	53,7	34,3	31,6	83,4	65,4

Quelle: Verdienststrukturerhebung 2006 und 2010

Grundgesamtheit: Betriebe mit zehn und mehr Beschäftigten; Beschäftigte im Alter von 15 bis 64 Jahren, ohne Auszubildende und Altersteilzeit

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2013

**Tabelle 15:**  
**Die zehn Branchen (WZ-2-Steller) mit den meisten weiblichen Niedriglohnbeschäftigten 2010**

Niedriglohnschwelle 2010: 10,36 Euro

Branchennummer	Branchenname	Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	70,3
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	65,1
10	Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	51,8
87	Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)	79,1
56	Gastronomie	57,5
86	Gesundheitswesen	75,1
78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	30,9
88	Sozialwesen (ohne Heime)	77,9
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	34,9
55	Beherbergung	62,2

Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren, ohne Auszubildende und Altersteilzeit

Quelle: Verdienststrukturerhebung 2010

Grundgesamtheit: Betriebe mit zehn und mehr Beschäftigten

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2013

21. Was sind die zehn Branchen mit den niedrigsten durchschnittlichen Stundenverdiensten (bitte mit Höhe des Stundenlohns und Zahl der Beschäftigten angeben), und wie hoch ist dort jeweils der Anteil der weiblichen und männlichen Beschäftigten?
22. Was sind die zehn Branchen mit den höchsten durchschnittlichen Stundenverdiensten (bitte mit Höhe des Stundenlohns und Zahl der Beschäftigten angeben), und wie hoch ist dort jeweils der Anteil der weiblichen und männlichen Beschäftigten?

Die Fragen 21 und 22 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Aus der amtlichen Statistik liefert die Vierteljährlichen Verdiensterhebung (VVE) regelmäßig Daten zu Bruttoverdiensten nach Branchen. Dabei werden allerdings nur Betriebe mit zehn beziehungsweise fünf und mehr Beschäftigten

und die Abschnitte B bis S der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) erfasst, sodass auf Basis der VVE keine aussagekräftigen absoluten Beschäftigtenzahlen ausgewiesen werden können.

In der folgenden Tabelle werden die zehn Branchen mit den jeweils höchsten beziehungsweise niedrigsten Bruttostundenverdiensten für das Jahr 2011 dargestellt. Aktuellere Zahlen liegen nicht vor.

**Tabelle 16:**  
**Die zehn Branchen (WZ-2-Steller) mit den höchsten und niedrigsten Bruttostundenverdiensten im Jahr 2011**

Abteilungen der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008)	Bruttostundenverdienst (ohne Sonderzahlungen) in Euro	Anteil der Männer in %	Anteil der Frauen in %
B06 "Gewinnung von Erdöl und Erdgas"	35,53	85,3	14,7
C19 "Kokerei und Mineralölverarbeitung"	29,99	82,6	17,4
M70 "Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung"	28,34	55,5	44,5
H51 "Luftfahrt"	28,29	40,3	59,7
K66 "Mit Finanz- und Versicherungsdienstleistungen verbundene Tätigkeiten"	27,49	50,5	49,5
J60 "Rundfunkveranstalter"	27,41	53,0	47,0
C30 "Sonstiger Fahrzeugbau"	26,40	86,4	13,6
J62 "Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie"	26,18	72,8	27,2
D35 "Energieversorgung"	25,82	77,5	22,5
C12 "Tabakverarbeitung"	25,79	63,6	36,4
Q87 "Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)"	14,81	19,9	80,1
H49 "Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen"	14,23	85,4	14,6
G47 "Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)"	14,09	29,6	70,4
C10 "Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln"	13,27	47,3	52,7
S96 "Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen"	11,87	30,8	69,2
I55 "Beherbergung"	11,38	37,2	62,8
N78 "Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften"	11,36	73,7	26,3
N81 "Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau"	10,91	35,6	64,4
N80 "Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien"	10,60	78,1	21,9
I56 "Gastronomie"	10,36	43,4	56,6

**Anmerkung:**

Die Ergebnisse beziehen sich auf Voll- und Teilzeitbeschäftigte in Betrieben mit i.d.R. mehr als 10 Beschäftigten.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2013

23. Wie hoch ist die Zahl und der Anteil der Erwerbstätigen mit aufstockenden Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), differenziert nach Frauen und Männern?

Erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Beziehende sind erwerbsfähige Leistungsbe-rechtigte, die aufgrund des Hilfebedarfs der Bedarfsgemeinschaft, in der sie leben, Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende und gleichzeitig Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit beziehen. Gründe für den gleichzeitigen Bezug von Grundsicherungsleistungen und Erwerbseinkommen liegen vor allem im Arbeitsumfang (Teilzeit- bzw. geringfügige Beschäftigung) und/oder im Haushaltskontext (Größe der Bedarfsgemeinschaft).

Im Juni 2012 bezogen 724 507 Frauen und 609 317 Männer Arbeitslosengeld II und gleichzeitig Einkommen aus Erwerbstätigkeit. Von allen weiblichen Arbeitslosengeld II-Bezieherinnen waren das 31,5 Prozent und von allen männlichen Arbeitslosengeld II-Beziehern 28,1 Prozent. Die Angaben differenziert nach Geschlecht können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

**Tabelle 17:**  
**Erwerbstätige ALG II-Beziehende nach Geschlecht**

Juni 2012; Hochgerechnete Werte

Merkmal	Erwerbsfähige Leistungs- berechtigte (Alg II-Bezieher)	erwerbstätige ALG II-Bezieher	
		Anzahl	Anzahl Anteil in % an Spalte 1
	1	2	3
Insgesamt	4.461.531	1.333.824	29,9
Männer	2.164.631	609.317	28,1
Frauen	2.296.900	724.507	31,5

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

24. Wie hoch waren im Jahr 2012 die verausgabten aufstockenden Leistungen nach dem SGB II für Erwerbstätige, differenziert nach Frauen und Männern?

Auswertungen zu den Geldleistungen für erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Beziehende werden nach dem Bedarfsgemeinschaftskonzept durchgeführt, weil nicht nur die beschäftigte Person, sondern auch die Angehörigen, die mit ihr in einer Bedarfsgemeinschaft leben, Grundsicherungsleistungen beziehen. Dazu werden die Bedarfsgemeinschaften identifiziert, in denen mindestens eine Arbeitslosengeld II-Bezieherin beziehungsweise ein Arbeitslosengeld II-Bezieher erwerbstätig ist. Ergebnisse liegen nur auf Jahresbasis bis 2011 vor.

Die Zahlungsansprüche von Bedarfsgemeinschaften mit mindestens einem erwerbstätigen Arbeitslosengeld II-Bezieher beziehungsweise einer -Bezieherin beliefen sich 2011 in der Jahressumme auf 10,7 Mrd. Euro. Eine Differenzierung nach Geschlecht ist nicht möglich.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass der gleichzeitige Bezug von Grundsicherungsleistungen und Erwerbseinkommen nur für einen Teil der betroffenen Bedarfsgemeinschaften mit der Erwerbstätigkeit (Stundenlohn) zusammenhängt und deshalb nicht kausal in dem Sinne zu interpretieren ist, dass durch die Erwerbstätigkeit die berechneten Leistungen entstehen. Gründe für den gleichzeitigen Bezug von Grundsicherungsleistungen und Erwerbseinkommen liegen vor allem im Arbeitsumfang (Teilzeit- bzw. geringfügige Beschäftigung) und/oder im Haushaltskontext (Größe der Bedarfsgemeinschaft). Insbesondere bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen ist davon auszugehen, dass die Grundsicherungsleistungen durch die Erwerbstätigkeit aufgestockt werden und der Hilfebedarf so vermindert wird.

25. Gibt es Gruppen weiblicher Beschäftigter (Frauen mit Behinderung, Migrantinnen, ältere Frauen), die besonders zahlreich im Niedriglohnbereich beschäftigt sind oder aufstockende Leistungen nach dem SGB II für Erwerbstätige beziehen, und wie hoch ist ihre Zahl und ihr Anteil?

Soweit sich die Frage auf den Niedriglohnbereich bezieht, liegen der Bundesregierung keine Daten vor. Mit Blick auf die zweite Teilfrage ist festzustellen, dass im Juni 2012 724 507 Frauen Arbeitslosengeld II bezogen und gleichzeitig Einkommen aus Erwerbstätigkeit, das waren 31,5 Prozent der Arbeitslosengeld II-Bezieherinnen. Gemessen an allen Arbeitslosengeld II-Bezieherinnen sind die mittleren und älteren Altersgruppen sowie deutsche Frauen stärker vertreten als jüngere und ausländische Frauen. Von den 15- bis unter 25-jährigen Arbeits-

losengeld II-Bezieherinnen sind 15,2 Prozent und von den ausländischen Arbeitslosengeld II-Bezieherinnen 26,8 Prozent erwerbstätig.

**Tabelle 18:**  
**Erwerbstätige ALG II-Bezieherinnen nach Alter und Nationalität**

Juni 2012; Hochgerechnete Werte

Merkmal	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ALG II-Bezieher) erw erbstätige ALG II-Bezieher		
	Anzahl	Anzahl	Anteil in % an Spalte 1
	1	2	3
Frauen	2.296.900	724.507	31,5
15 bis unter 25 Jahre	410.883	62.466	15,2
25 bis unter 50 Jahre	1.301.714	458.832	35,2
50 Jahre und Älter	584.303	203.210	34,8
Deutsche	1.790.190	588.952	32,9
Ausländer	497.857	133.505	26,8

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

26. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich des Problems der sexuellen Belästigung und Nötigung in der Arbeitswelt?

Das Ausmaß der Betroffenheit von Frauen durch unterschiedliche Formen sexueller Belästigung war unter anderem Gegenstand der durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahr 2004 veröffentlichten repräsentativen Untersuchung „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“, für die insgesamt über 10 000 Frauen im Alter zwischen 16 und 85 Jahren befragt wurden. Nach dieser Untersuchung haben insgesamt rund 58 Prozent der Befragten bereits mindestens einmal sexuelle Belästigung (insgesamt; unabhängig vom Kontext) erlebt.

Die Studie enthält auch Zahlen zur sexuellen Belästigung in der Arbeitswelt. 22 Prozent aller Befragten (entsprechend 42 Prozent der insgesamt von sexueller Belästigung Betroffenen) gaben an, Situationen sexueller Belästigung in Arbeit, Schule oder Ausbildung erlebt zu haben, davon haben 2 Prozent häufig, 5,5 Prozent gelegentlich, 9,5 Prozent selten, 5 Prozent nur einmal eine solche Situation erlebt.

Bei weiterer Differenzierung der Angaben lässt sich aus der Befragung auch erkennen, in welchen konkreten Zusammenhängen diese stattgefunden hat. Demnach haben:

- 13 Prozent aller Befragten sexuelle Belästigung durch Personen aus der Arbeitswelt erlebt (durch Arbeitskolleginnen beziehungsweise -kollegen und Vorgesetzte)
- 16 Prozent (neben Arbeitskolleginnen beziehungsweise -kollegen und Vorgesetzte auch Kunden, Klienten und Patienten)
- 6 Prozent haben sexuelle Belästigung durch Personen aus Schule und Ausbildung (durch Lehrpersonal, Mitschülerinnen, Mitschüler oder Mitstudierende etc.) erlebt.

Von unterschiedlichen Formen sexueller Belästigung sind in geringerem Umfang auch Männer im Kontext von Arbeit und Ausbildung betroffen, vergleichbar differenzierte Erkenntnisse liegen hierzu jedoch nicht vor.

27. Welche Rolle spielt diesbezüglich nach Ansicht der Bundesregierung die Schlechterstellung von Frauen in der Hierarchie der Arbeitswelt, ihre prekäre Beschäftigung und eine geringere Wahrnehmung ihrer Rechte, und welche politischen Schlussfolgerungen leitet die Bundesregierung daraus ab?
28. Gibt es Gruppen weiblicher Beschäftigter, die besonders von sexueller Belästigung und Nötigung betroffen sind?  
Wenn ja, welche sind dies, und sieht die Bundesregierung hier einen besonderen Handlungsbedarf?

Die Fragen 27 und 28 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Umfassende aktuelle und differenzierte wissenschaftliche Erkenntnisse zu den oben erfragten Zusammenhängen zwischen der Betroffenheit von sexueller Belästigung und der Situation von Frauen in der Hierarchie der Arbeitswelt oder zur besonderen Betroffenheit bestimmter Gruppen liegen nicht vor.

Als wissenschaftlich gesichert ist anzusehen, dass grundsätzlich jede Frau – unabhängig von ihrer beruflichen Stellung, ihrem Alter oder anderen Parametern – im Kontext von Arbeit und Ausbildung von grenzüberschreitendem sexualisiertem Verhalten betroffen sein kann. Anhaltspunkte dafür, dass bestimmte Gruppen beschäftigter Frauen – sei es aufgrund einer besonderen Abhängigkeits-situation innerhalb der betrieblichen Hierarchie, sei es aufgrund einer besonders prekären Ausbildungs- oder Beschäftigungssituation, sei es aufgrund eines für Frauen negativ geprägten Arbeitsumfelds in bestimmten Betriebstypen oder Branchen – in besonderem Maße von sexueller Belästigung oder sexueller Gewalt betroffen und zugleich hinsichtlich der Abwehr solcher Übergriffe faktisch in einer schlechteren Position sind, werden seit den 90er-Jahren in der Fachöffentlichkeit diskutiert. Das Bestehen solcher Zusammenhänge kann aus einer Zusammenschau der verschiedenen in Deutschland und im europäischen Raum publizierten Forschungsergebnisse grundsätzlich als gesichert angesehen werden.

Den Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz und die Rechte betroffener Beschäftigter gegenüber dem Arbeitgeber regelt das am 18. August 2006 in Kraft getretene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) unterstützt auf unabhängige Weise Personen, die von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz betroffen sind. Zu den gesetzlichen Aufgaben der Antidiskriminierungsstelle gehört auch die Information, Beratung und auf Wunsch Unterstützung von Betroffenen bei einer gütlichen Beilegung sowie gegebenenfalls die Vermittlung ortsnaher Unterstützungsangebote.

Beratung zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz gehört auch zum Tätigkeitfeld der meisten Frauenberatungsstellen und Fachberatungsstellen bei Gewalt gegen Frauen (nähere Einzelheiten dazu s. Bericht der Bundesregierung zur Situation der Frauenhäuser, der Fachberatungsstellen und anderer Unterstützungsangebote für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder, Bundestagsdrucksache 17/10500).

Eine besondere Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Rechte im Hinblick auf geschlechtsbedingte Benachteiligungen einschließlich des Schutzes vor Gewalt und sexueller Belästigung benötigen Frauen mit Behinderung, die in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen arbeiten. Mit dem Ziel einer zielgruppenspezifischen Gewaltprävention hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend daher das im Mai 2011 abgeschlossene Projekt „Frauenbeauftragte in Wohnheimen und Werkstätten für behinderte Menschen“ in Trägerschaft des Weibernetz e. V. in Kooperation mit Mensch zuerst – Netz-

werk People First Deutschland e. V. gefördert. In dem Projekt wurden Frauen mit Behinderung erfolgreich geschult, in ihrer Werkstatt oder ihrem Wohnheim die Aufgabe als Frauenbeauftragte wahrnehmen zu können und Frauen in Werkstätten u. a. im Falle von sexuellen Übergriffen zu helfen.

Anlage

Tabelle 7.1: Kernerwerbstätige<sup>1)</sup> nach Erwerbsform 1991 bis 2011 (in 1.000)

Jahr <sup>2)</sup>	Insgesamt	Selbstständige			Abhängig Beschäftigte						
		zusammen	davon		zusammen	Normalarbeitnehmer/-innen <sup>5)</sup>	atypisch Beschäftigte				
			mit Beschäftigten	ohne Beschäftigte			zusammen <sup>5)</sup>	befristet Beschäftigte	Teilzeitbeschäftigte <sup>4)</sup>	geringfügig Beschäftigte	Zeitarbeitnehmer/-innen
<i>Männlich</i>											
1991	19.892	2.130	1.244	886	17.715	16.674	1.041	861	154	100	-
1992	19.752	2.175	1.295	880	17.526	16.463	1.063	886	167	90	-
1993	19.448	2.223	1.326	897	17.185	16.199	986	808	179	95	-
1994	19.266	2.297	1.370	927	16.919	15.891	1.027	838	195	93	-
1995	19.204	2.322	1.362	960	16.830	15.691	1.138	911	239	124	-
1996	18.820	2.341	1.316	1.025	16.438	15.257	1.181	908	267	168	-
1997	18.594	2.406	1.326	1.080	16.143	14.895	1.249	928	325	224	-
1998	18.502	2.443	1.340	1.103	16.013	14.689	1.324	980	357	246	-
1999	18.589	2.445	1.344	1.101	16.105	14.666	1.439	1.092	373	248	-
2000	18.648	2.465	1.326	1.139	16.140	14.702	1.438	1.070	390	254	-
2001	18.610	2.459	1.330	1.129	16.092	14.663	1.430	1.050	411	254	-
2002	18.350	2.463	1.315	1.148	15.832	14.465	1.367	967	433	275	-
2003	17.966	2.501	1.302	1.199	15.416	13.970	1.446	999	500	311	-
2004	17.709	2.560	1.290	1.270	15.094	13.635	1.459	1.000	518	321	-
2005	17.989	2.646	1.276	1.370	15.289	13.548	1.741	1.218	597	452	-
2006	18.346	2.654	1.288	1.366	15.642	13.494	2.148	1.337	650	572	376
2007	18.655	2.645	1.314	1.331	15.963	13.735	2.228	1.336	659	595	409
2008	18.841	2.622	1.302	1.320	16.178	13.918	2.260	1.352	647	568	425
2009	18.618	2.659	1.313	1.346	15.933	13.794	2.139	1.253	648	589	375
2010	18.755	2.669	1.312	1.357	16.060	13.750	2.310	1.322	669	575	503
2011	19.157	2.732	1.331	1.402	16.397	14.060	2.338	1.352	706	595	517
<i>Weiblich</i>											
1991	14.486	729	331	398	13.368	10.158	3.210	921	2.401	552	-
1992	14.274	742	338	404	13.145	9.809	3.336	927	2.521	579	-
1993	14.035	781	358	423	12.899	9.623	3.276	812	2.588	553	-
1994	14.125	816	388	428	12.954	9.559	3.395	878	2.660	521	-
1995	14.160	837	376	461	12.973	9.402	3.571	931	2.787	625	-
1996	14.215	864	367	497	13.085	9.405	3.680	862	2.923	931	-
1997	14.119	908	371	537	12.973	9.123	3.850	894	3.067	1.086	-
1998	14.176	929	385	544	12.988	9.020	3.968	907	3.178	1.261	-
1999	14.483	934	386	548	13.347	8.972	4.374	1.073	3.461	1.496	-
2000	14.663	952	394	558	13.503	9.063	4.439	1.060	3.554	1.495	-
2001	14.889	952	400	552	13.633	9.077	4.556	1.034	3.716	1.560	-
2002	14.877	966	399	567	13.631	9.073	4.558	963	3.784	1.576	-
2003	14.806	1.005	393	612	13.547	8.861	4.686	970	3.918	1.638	-
2004	14.664	1.052	399	653	13.344	8.722	4.622	953	3.866	1.658	-
2005	14.973	1.156	411	745	13.543	8.536	5.007	1.176	4.082	1.973	-
2006	15.374	1.184	417	767	13.939	8.624	5.315	1.282	4.215	2.095	186
2007	15.667	1.198	413	785	14.212	8.758	5.454	1.323	4.287	2.177	205
2008	15.893	1.198	414	784	14.472	9.011	5.462	1.379	4.256	2.010	187
2009	16.012	1.218	427	791	14.650	9.197	5.453	1.387	4.253	1.985	185
2010	16.218	1.248	435	813	14.844	9.319	5.525	1.439	4.261	1.942	238
2011	16.606	1.286	433	853	15.195	9.614	5.581	1.453	4.318	2.078	258
<i>Insgesamt</i>											
1991	34.377	2.859	1.575	1.284	31.083	26.832	4.251	1.782	2.555	652	-
1992	34.026	2.917	1.633	1.284	30.671	26.272	4.399	1.813	2.688	669	-
1993	33.482	3.003	1.683	1.320	30.084	25.822	4.262	1.620	2.767	648	-
1994	33.391	3.113	1.758	1.355	29.873	25.450	4.422	1.716	2.856	645	-
1995	33.364	3.159	1.737	1.422	29.803	25.093	4.710	1.842	3.026	749	-
1996	33.034	3.205	1.684	1.521	29.523	24.663	4.861	1.770	3.190	1.099	-
1997	32.713	3.314	1.697	1.617	29.116	24.018	5.098	1.822	3.392	1.310	-
1998	32.678	3.372	1.726	1.646	29.001	23.709	5.292	1.887	3.535	1.506	-
1999	33.071	3.379	1.730	1.649	29.451	23.638	5.814	2.165	3.834	1.743	-
2000	33.311	3.418	1.721	1.697	29.643	23.766	5.878	2.130	3.944	1.749	-
2001	33.498	3.411	1.729	1.682	29.726	23.740	5.986	2.085	4.127	1.815	-
2002	33.227	3.429	1.714	1.715	29.463	23.535	5.929	1.931	4.221	1.852	-
2003	32.772	3.506	1.696	1.810	28.963	22.828	6.135	1.969	4.421	1.949	-
2004	32.373	3.612	1.689	1.923	28.438	22.351	6.086	1.953	4.391	1.979	-
2005	32.962	3.802	1.687	2.115	28.831	22.084	6.747	2.394	4.679	2.425	-
2006	33.720	3.838	1.705	2.133	29.582	22.119	7.463	2.619	4.865	2.667	562
2007	34.321	3.843	1.727	2.116	30.175	22.493	7.682	2.659	4.946	2.772	614
2008	34.734	3.820	1.717	2.103	30.650	22.929	7.721	2.731	4.903	2.578	612
2009	34.629	3.877	1.740	2.137	30.582	22.990	7.592	2.640	4.901	2.574	560
2010	34.973	3.917	1.748	2.169	30.904	23.069	7.835	2.761	4.929	2.517	742
2011	35.762	4.018	1.763	2.255	31.592	23.674	7.918	2.805	5.025	2.673	775

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

- = keine Daten verfügbar

1) Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren nicht in Bildung oder Ausbildung; ohne Zeit- und Berufssoldat/-innen sowie Grundwehr- und Zivildienstleistende

2) Bis 2004 Ergebnisse einer Bezugswoche im Frühjahr; ab 2005 Jahresdurchschnittswerte, sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren.

3) Mehrfachnennungen möglich

4) Mit weniger als 21 Arbeitsstunden pro Woche

5) atypische Beschäftigung vor 2006 ohne Zeitarbeitnehmer/-innen. Damit ist ein Vergleich der Jahre vor 2006 mit Jahren nach 2006 innerhalb der Reihen "Normalarbeitnehmer/-innen" und "atypisch Beschäftigte insgesamt" verzerrt.

Statistisches Bundesamt  
D210

Tabelle 7.2: Kernerwerbstätige<sup>1)</sup> nach Erwerbsform und Region 2005 bis 2011 (in 1.000)

		Insgesamt	Selbstständige			Abhängig Beschäftigte				
			zusammen	darunter ohne Beschäftigte	zusammen	Normal-arbeitnehmer/-innen	davon			
							atypisch Beschäftigte			
							zusammen	darunter		geringfügig Beschäftigte
befristet Beschäftigte	Teilzeit-beschäftigte									
2005	<b>Deutschland</b>	32.962	3.802	2.115	28.831	22.084	6.747	2.394	4.679	2.425
	Früheres Bundesgebiet	26.518	3.010	1.643	23.212	17.591	5.622	1.716	4.140	2.084
	Neue Bundesländer	6.444	792	472	5.619	4.493	1.126	678	539	341
2006	<b>Deutschland</b>	33.720	3.838	2.133	29.582	22.458	7.124	2.619	4.865	2.667
	Früheres Bundesgebiet	27.100	3.024	1.636	23.804	17.927	5.877	1.874	4.281	2.211
	Neue Bundesländer	6.620	814	497	5.777	4.531	1.247	745	584	456
2007	<b>Deutschland</b>	34.321	3.843	2.116	30.175	22.916	7.259	2.659	4.946	2.772
	Früheres Bundesgebiet	27.566	3.037	1.624	24.253	18.269	5.985	1.912	4.336	2.290
	Neue Bundesländer	6.755	805	492	5.922	4.647	1.275	746	610	482
2008	<b>Deutschland</b>	34.734	3.820	2.103	30.650	23.320	7.330	2.731	4.903	2.578
	Früheres Bundesgebiet	27.868	3.020	1.618	24.605	18.552	6.053	2.009	4.288	2.088
	Neue Bundesländer	6.867	800	486	6.045	4.768	1.276	722	615	490
2009	<b>Deutschland</b>	34.630	3.877	2.137	30.582	23.368	7.214	2.640	4.901	2.574
	Früheres Bundesgebiet	27.742	3.064	1.640	24.519	18.555	5.965	1.922	4.293	2.125
	Neue Bundesländer	6.889	812	498	6.063	4.814	1.249	719	607	449
2010	<b>Deutschland</b>	34.973	3.917	2.169	30.904	23.566	7.338	2.761	4.929	2.517
	Früheres Bundesgebiet	27.969	3.101	1.673	24.727	18.635	6.092	2.033	4.334	2.090
	Neue Bundesländer	7.004	815	496	6.177	4.931	1.246	728	595	427
2011	<b>Deutschland</b>	35.762	4.018	2.255	31.592	24.144	7.448	2.805	5.025	2.673
	Früheres Bundesgebiet	28.648	3.170	1.739	25.339	19.097	6.242	2.132	4.410	2.246
	Neue Bundesländer	7.114	848	516	6.253	5.048	1.206	672	615	427

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

1) Kernerwerbstätige: Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, nicht in Bildung oder Ausbildung; ohne Zeit- und Berufssoldat(en/innen) sowie Wehr- und Zivildienstleistende.

Früheres Bundesgebiet ohne Berlin, Neue Bundesländer mit Berlin

Tabelle 7.2: Kernerwerbstätige<sup>1)</sup> nach Erwerbsform und Region 2005 bis 2011 (in 1.000)

		männlich	Selbstständige			Abhängig Beschäftigte				
			zusammen	darunter ohne Beschäftigte	zusammen	Normal-arbeitnehmer/-innen	davon			
							atypisch Beschäftigte			
							zusammen	darunter		geringfügig Beschäftigte
befristet Beschäftigte	Teilzeit-beschäftigte									
2005	<b>Deutschland</b>	17.989	2.646	1.370	15.289	13.548	1.741	1.218	597	452
	Früheres Bundesgebiet	14.610	2.113	1.059	12.452	11.171	1.280	865	456	327
	Neue Bundesländer	3.380	532	311	2.837	2.377	460	352	141	125
2006	<b>Deutschland</b>	18.346	2.654	1.366	15.642	13.740	1.902	1.337	650	572
	Früheres Bundesgebiet	14.864	2.113	1.049	12.709	11.325	1.384	945	491	396
	Neue Bundesländer	3.481	540	317	2.933	2.415	518	392	159	176
2007	<b>Deutschland</b>	18.655	2.645	1.331	15.963	14.034	1.929	1.336	659	595
	Früheres Bundesgebiet	15.088	2.109	1.018	12.940	11.525	1.415	959	497	412
	Neue Bundesländer	3.566	536	313	3.023	2.509	514	377	162	183
2008	<b>Deutschland</b>	18.841	2.622	1.320	16.178	14.221	1.956	1.352	647	568
	Früheres Bundesgebiet	15.213	2.064	999	13.021	11.578	1.443	994	473	384
	Neue Bundesländer	3.628	531	311	3.091	2.581	510	363	168	181
2009	<b>Deutschland</b>	18.618	2.659	1.346	15.933	14.077	1.856	1.253	648	589
	Früheres Bundesgebiet	15.008	2.116	1.024	12.870	11.506	1.364	903	485	413
	Neue Bundesländer	3.610	543	322	3.063	2.571	491	350	163	176
2010	<b>Deutschland</b>	18.755	2.669	1.357	16.060	14.117	1.943	1.322	669	575
	Früheres Bundesgebiet	15.085	2.126	1.037	12.936	11.492	1.444	964	507	405
	Neue Bundesländer	3.670	543	319	3.124	2.625	499	359	162	170
2011	<b>Deutschland</b>	19.157	2.732	1.402	16.397	14.405	1.992	1.352	706	595
	Früheres Bundesgebiet	15.418	2.164	1.070	13.230	11.709	1.521	1.022	536	433
	Neue Bundesländer	3.739	568	332	3.167	2.696	471	329	170	162

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

1) Kernerwerbstätige: Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, nicht in Bildung oder Ausbildung; ohne Zeit- und Berufssoldat(en/innen) sowie Wehr- und Zivildienstleistende.

Früheres Bundesgebiet ohne Berlin, Neue Bundesländer mit Berlin

Tabelle 7.2: Kernerwerbstätige<sup>1)</sup> nach Erwerbsform und Region 2005 bis 2011 (in 1.000)

		weiblich	Selbstständige		Abhängig Beschäftigte					
			zusammen	darunter ohne Beschäftigte	zusammen	Normal- arbeitnehmer/- innen	davon			
							zusammen	atypisch Beschäftigte		
								befristete Beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte	geringfügig Beschäftigte
<b>2005</b>	<b>Deutschland</b>	14.973	1.156	745	13.543	8.536	5.007	1.176	4.082	1.973
	Früheres Bundesgebiet	11.908	896	584	10.760	6.419	4.341	851	3.684	1.757
	Neue Bundesländer	3.064	260	162	2.782	2.116	666	326	398	216
<b>2006</b>	<b>Deutschland</b>	15.374	1.184	767	13.939	8.718	5.222	1.282	4.215	2.095
	Früheres Bundesgebiet	12.236	911	587	11.095	6.602	4.493	929	3.790	1.815
	Neue Bundesländer	3.138	273	180	2.844	2.115	729	353	425	280
<b>2007</b>	<b>Deutschland</b>	15.666	1.198	785	14.212	8.882	5.331	1.323	4.287	2.177
	Früheres Bundesgebiet	12.477	929	606	11.313	6.744	4.570	953	3.840	1.879
	Neue Bundesländer	3.189	269	179	2.899	2.138	761	369	448	299
<b>2008</b>	<b>Deutschland</b>	15.893	1.198	784	14.472	9.099	5.373	1.379	4.256	2.010
	Früheres Bundesgebiet	12.655	929	609	11.518	6.912	4.607	1.020	3.808	1.701
	Neue Bundesländer	3.238	269	175	2.954	2.187	767	359	448	309
<b>2009</b>	<b>Deutschland</b>	16.012	1.218	791	14.650	9.291	5.358	1.387	4.253	1.985
	Früheres Bundesgebiet	12.733	949	616	11.649	7.049	4.600	1.019	3.808	1.711
	Neue Bundesländer	3.279	268	175	3.001	2.243	758	369	444	273
<b>2010</b>	<b>Deutschland</b>	16.218	1.248	813	14.844	9.449	5.395	1.439	4.261	1.942
	Früheres Bundesgebiet	12.884	975	635	11.791	7.143	4.648	1.069	3.827	1.686
	Neue Bundesländer	3.334	272	177	3.053	2.306	747	370	433	256
<b>2011</b>	<b>Deutschland</b>	16.606	1.286	853	15.195	9.739	5.456	1.453	4.318	2.078
	Früheres Bundesgebiet	13.231	1.006	669	12.109	7.387	4.722	1.110	3.873	1.813
	Neue Bundesländer	3.375	280	185	3.086	2.352	734	343	445	265

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

1) Kernerwerbstätige: Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, nicht in Bildung oder Ausbildung; ohne Zeit- und Berufssoldat(en/innen) sowie Wehr- und Zivildienstleistende.

Früheres Bundesgebiet ohne Berlin, Neue Bundesländer mit Berlin



